

Strukturpolitik neu ausrichten – gerechte Transformation als Schlüssel zu gleichwertigen Lebensverhältnissen

Warum gesellschaftliche Stabilität
eine proaktive Regionalpolitik braucht



Impressum

Strukturpolitik neu ausrichten – gerechte Transformation als Schlüssel zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Warum gesellschaftliche Stabilität eine proaktive Regionalpolitik braucht

ERSTELLT IM AUFTRAG VON

Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE
Inselstraße 6, 10179 Berlin
Königsworther Platz 6, 30167 Hannover
Telefon: +49 30 2787 1325

AUTORIN

Dr. Regina Weber

Die Publikation geht auf eine Gemeinschaftsarbeit zurück, die unter Biermann und Weber (2025) erstveröffentlicht wurde. Ein herzlicher Dank geht an den Co-Autor Nils Biermann für Impulse, Hinweise und fachliche Unterstützung bei der Weiterentwicklung zu dieser Publikation.

REDAKTION

Max Leyendecker, Verena Frank, Antja Karoli

LEKTORAT

Martin Regenbrecht, Berlin

SATZ UND LAYOUT

Atelier Hauer + Dörfler GmbH

BILDNACHWEIS

Grafikelemente: shutterstock.com

VERÖFFENTLICHUNG

Februar 2026

BITTE ZITIEREN ALS

Bitte zitieren als: Stiftung Arbeit und Umwelt (Hrsg.), 2026. Strukturpolitik neu ausrichten – gerechte Transformation als Schlüssel zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Warum gesellschaftliche Stabilität eine proaktive Regionalpolitik braucht, Berlin.

Copyright Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE

Inhalt

Vorwort	5
Zusammenfassung	6
1 Warum Strukturpolitik neu gedacht werden muss	8
2 Status quo der Strukturförderung: Ziele, Instrumente, Defizite	10
2.1 Was sind „gleichwertige Lebensverhältnisse“?	10
2.2 Wer fördert was? Überblick der regionalen Strukturförderung	11
2.3 Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Was leistet die regionale Strukturförderung?	16
3 Anforderungen an eine transformative und präventive Strukturpolitik	18
3.1 Umweltgerechtigkeit als eine Kernfrage regionaler Entwicklung	18
3.2 Teilhabe und Vertrauen: Demokratie als Standortfaktor	20
3.3 Struktur stark – Zukunft schwach? Ökonomische Kriterien reichen nicht aus	24
3.4 Gleichwertigkeit neu denken	26
4 Eine neue Strukturpolitik für die Transformation	27
4.1 Ziele neu setzen: Was Strukturpolitik leisten muss	27
4.2 Grundlagen schaffen: Vier Eckpfeiler für eine zukunftsfähige Förderung	29
4.3 Strukturen zusammenführen: Der Weg zu einem integrierten Fördersystem	31
5 Fazit: Strukturpolitikstrategisch erneuern	34
6 Literaturverzeichnis	35

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Gleichwertige Lebensverhältnisse.	11
Abbildung 2	Unterschiedliche Klimaräume und absehbare Herausforderungen durch Wetterereignisse im Bundesgebiet.	19
Abbildung 3	Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten, die einen Betriebs- oder Personalrat haben.	21
Abbildung 4	Regionale Betroffenheit durch die Transformation.	23
Abbildung 5	Beschäftigte mit Tarifvertrag und Tariflücke in den Bundesländern.	25
Abbildung 6	Ein neues Zielsystem für gleichwertige Lebensverhältnisse durch eine transformativ ausgerichtete Strukturpolitik.	28
Abbildung 7	In zwei Schritten zum regionalisierten Förderprogramm.	33

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Überblick über die wichtigsten Strukturfördersysteme in Deutschland.	12
Tabelle 2	Vier Handlungsfelder transformativer Strukturpolitik und eine Auswahl beispielhafter Indikatoren.	30

Vorwort

Deutschland steht vor Umbrüchen, die sich grundlegend von früheren Anpassungsphasen unterscheiden. Klimakrise, industrielle Transformation, Digitalisierung, demografischer Wandel und geopolitische Unsicherheiten wirken gleichzeitig. Sie greifen tief in wirtschaftliche Strukturen, Arbeitswelten und Lebensverhältnisse ein. Diese Entwicklungen erzeugen ökonomischen Anpassungsdruck auf Unternehmen und Beschäftigte, aber auch auf Kommunen und auf nahezu alle Bürger:innen. Sie berühren damit zentrale Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der demokratischen Stabilität.

Die vorliegende Studie setzt an einer klaren Diagnose an: Die bestehende Strukturpolitik wird diesen Herausforderungen nicht gerecht. Sie ist darauf ausgerichtet, wirtschaftliche Schwächen zu „reparieren“ und Entwicklung „nachzuholen“. Arbeitslosigkeit, Bruttowertschöpfung und Unternehmensdichte dominieren die Förderlogik, während Arbeitsplatzqualität, ökologische Belastungen, soziale Teilhabe und demokratische Resilienz bislang kaum systematisch berücksichtigt werden. Damit verfehlt sie zunehmend die Realität eines Wandels, der auch wirtschaftlich starke Regionen, industrielle Kerne und gut aufgestellte Betriebe unter Anpassungsdruck setzt.

Strukturpolitische Risiken zeigen sich heute früher, diffuser und vielschichtiger. Sie betreffen die Qualität von Arbeit ebenso wie ökologische Belastungen, soziale Infrastruktur, regionale Gestaltungsspielräume und demokratische Teilhabe. Wo diese Dimensionen aus dem Blick geraten, wachsen Unsicherheit, Misstrauen und politische Polarisierung – auch dort, wo ökonomische Indikatoren noch Stabilität suggerieren. Eine Strukturpolitik, die erst reagiert, wenn Verwerfungen offen zutage treten, kommt zu spät.

Die Studie plädiert deshalb für eine grundlegende Neuausrichtung: weg von einer überwiegend reaktiven Ausgleichspolitik, hin zu einer präventiven und gestaltenden Strukturpolitik. Sie soll regionale Anpassungsfähigkeit

frühzeitig stärken, Transformationslasten fair verteilen und demokratische Teilhabe fördern. Gleichwertige Lebensverhältnisse werden dabei ausdrücklich mehrdimensional verstanden – als Zusammenspiel von wirtschaftlicher Perspektive, ökologischer Lebensqualität, sozialer Infrastruktur und politischem Vertrauen.

Konkret entwickelt die Studie ein erweitertes Zielsystem, das Strukturpolitik zukunftsfähig macht. Darauf aufbauend werden vier Handlungsfelder einer transformativen Strukturpolitik beschrieben: der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, ein gerechter Übergang für Beschäftigte und Regionen, die Stärkung regionaler Anpassungsfähigkeit sowie der Aufbau einer resilienten, kreislauforientierten Wirtschaft. Ein entscheidender Perspektivwechsel besteht darin, Strukturpolitik nicht länger auf „schwache“ Regionen zu begrenzen. Grundsätzlich sollen alle Regionen förderfähig sein. Die Förderintensität soll sich jedoch am tatsächlichen Bedarf orientieren und wird ergänzt durch verbindliche Beteiligungsprozesse.

Diese Neuorientierung erfordert politischen Willen, eine enge Verzahnung bestehender Förderinstrumente auf europäischer, bundes- und landespolitischer Ebene – und den aktiven Beitrag von Sozialpartnern, Betrieben und Regionen. Transformation lässt sich nicht verwalten. Sie muss gestaltet werden.

Die Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE versteht diese Studie als Beitrag zu einer solchen Gestaltungsdebatte. Sie richtet sich an alle, die Verantwortung für regionale Entwicklung, industrielle Zukunft und gute Arbeit tragen – in Politik, Verwaltung, Gewerkschaften, Betrieben und Zivilgesellschaft. Ziel ist ein nachhaltiger Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen und eine Demokratie, die sich gerade im Wandel bewährt.

In diesem Sinne wünsche ich eine interessante Lektüre und freue mich über Beiträge zu dieser Diskussion.

Andrea Arcais

Geschäftsführer

Zusammenfassung

Die Strukturpolitik steht vor neuen Herausforderungen

Lange galt gesellschaftliche Stabilität in Deutschland als selbstverständlich – dieses Selbstverständnis gerät zunehmend ins Wanken. Nicht nur strukturschwache Regionen kämpfen mit Unsicherheit, auch wirtschaftlich starke Gebiete spüren die Folgen tiefgreifender Veränderungen: Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel erzeugen ein Umfeld des Wandels. Die herkömmlichen Instrumente der Strukturpolitik wirken angesichts dieser Dynamik immer weniger überzeugend. Ihr zentrales Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse, bleibt bestehen, doch es muss neu gedacht werden: Strukturpolitik muss den Wandel aktiv gestalten, darf nicht nur reagieren. Das Ziel ist eine weiterhin wirtschaftlich erfolgreiche, darüber hinaus auch klimaneutrale und sozial gerechtere Gesellschaft.

Klassische Förderansätze greifen zu kurz

Die deutsche Strukturpolitik ruht im Wesentlichen auf zwei Säulen: dem gesamtdeutschen Fördersystem mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und den EU-Strukturfonds. Ergänzt werden die beiden Stränge befristet durch das Investitionsgesetz Kohleregionen. Gemeinsam sollen sie gleichwertige Chancen auf Teilhabe, Bildung, Infrastruktur und Wohlstand schaffen. In der Praxis dominiert jedoch eine verkürzte ökonomische Logik: Arbeitslosigkeit, Bruttowertschöpfung und Unternehmensdichte gelten als Hauptindikatoren, während gesellschaftliche Faktoren und Umweltaspekte nur am Rande berücksichtigt werden.

Bisherige Reformen reichen nicht aus

Die Reformen der letzten Jahre waren ein guter Anfang, reichen aber nicht aus. Die GRW-Reform von 2022 hat Fortschritte gebracht – etwa bei der Aufnahme von Umwelt- und Transformationszielen oder der Verpflichtung zu Tarifbindung für geförderte Unternehmen. Dennoch bleibt das System vergangenheitsorientiert. Regionen mit künftigem Anpassungsdruck, etwa durch Fachkräftemangel oder industrielle Transformation, werden zu wenig in den Blick genommen. Die EU-Strukturfonds sind hier bereits weiter: Sie binden Sozialpartner stärker ein, setzen klare Quoten für Klima- und Sozialpolitik und orientieren sich an einem breiteren Zielsystem. Bei der Identifikation von Strukturschwäche bestehen aber auch hier noch Lücken.

Strukturschwäche ist mehrdimensional

Die aktuellen Herausforderungen verlangen ein umfassendes Verständnis von Strukturschwäche. Strukturpolitik darf sich nicht länger allein auf wirtschaftlichen Ausgleich beschränken, sondern muss soziale, demokratische und Umweltaspekte berücksichtigen. Umweltbelastungen sind regional ungleich verteilt und verschärfen soziale Spaltungen. Einige Regionen tragen stärker zur Klimaerwärmung bei als andere, die Folgen des Klimawandel unterscheiden sich ebenfalls regional stark. Dadurch können Klimaschutzmaßnahmen Gefahr laufen, sozial und räumlich polarisierend zu wirken, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Auch die demokratische Stabilität hängt mit Strukturfragen zusammen. Wenn Menschen das Gefühl haben, „abgehängt“ zu sein, führt dies oft zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber Politik und Institutionen. Eine moderne Strukturpolitik muss daher auch Räume für Beteiligung und Mitbestimmung schaffen. Das bisherige Verständnis von „Strukturschwäche“ spiegelt vor allem die Vergangenheit wider, nicht die Risiken der Zukunft.

Regionen, die noch stark erscheinen, könnten morgen besonders vom Wandel in Energie, Industrie oder Arbeitswelt betroffen sein. Strukturpolitik sollte daher vorausschauend planen, bevor die Krisen eintreten.

Vier Handlungsfelder für eine zukunftsfähige Strukturpolitik

Die neue Strukturpolitik muss transparenter, kohärenter und zielorientierter werden. Vier Handlungsfelder bilden dabei den Kern einer nachhaltigen Transformation. Erstens steht der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen im Mittelpunkt – nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Zweitens braucht es einen gerechten Übergang: Der Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft darf weder Beschäftigte noch soziale Infrastruktur überfordern, sondern sollte gute Arbeit und neue Perspektiven schaffen. Drittens ist die Anpassungsfähigkeit der Regionen entscheidend. Sie sollten ihre Wirtschaft breiter aufstellen, regionale Innovationspotenziale fördern und lokale Wertschöpfung stärken. Viertens muss sie auf Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft ausgerichtet sein, um langfristige Resilienz gegenüber ökologischen und ökonomischen Schocks zu sichern. Diese Dimensionen greifen ineinander und müssen in der Förderpraxis zusammen gedacht werden.

Alle Regionen fördern, aber bedarfsorientiert und partizipativ

Die Strukturförderung sollte sich an den jeweiligen regionalen Ausprägungen der Strukturschwäche orientieren, wobei alle Regionen als förderfähig angesehen werden sollen. Ein zweistufiges Fördersystem kann Wirksamkeit, Transparenz und Flexibilität verbinden: Zunächst würde die wirtschaftliche Stärke bestimmen, wie viele Fördermittel in die Region fließen. Anschließend sollten mithilfe eines Indikatorensystems regionale Schwächen identifiziert und Förderstrategien passgenau entwickelt werden. Entscheidend ist, dass lokale Akteure – Kommunen, Sozialpartner, Verbände und Unternehmen – in diesen Prozess einbezogen werden.

Strukturpolitik als Gestalterin nachhaltigen Wohlstands etablieren

Eine moderne, transformative Strukturpolitik knüpft an bestehende Instrumente an, erweitert sie jedoch um eine klare Zukunftsorientierung. Erfolg bemisst sich künftig nicht mehr nur an Wachstumsraten, sondern auch an sozialer Teilhabe, ökologischer Tragfähigkeit und gesellschaftlicher Resilienz. Die Förderfähigkeit sollte grundsätzlich allen Regionen offenstehen, während die Förderintensität von ihrem tatsächlichen Entwicklungsbedarf abhängt – so wie es die EU-Kohäsionspolitik in Teilen bereits praktiziert.

Strukturpolitik muss wirtschaftliche, soziale, ökologische und demokratische Ziele enger miteinander verzahnen, um zu einem echten Instrument gesellschaftlicher Erneuerung zu werden. Dafür braucht es transparente Verfahren, partizipative Prozesse und ein dynamisches Monitoring, das Fortschritte regelmäßig überprüft. Ziel ist ein nachhaltiger Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen, getragen von gesellschaftlicher Stabilität. Letztlich wird sich daran entscheiden, ob die anstehende Transformation als Bedrohung oder als gemeinsames Zukunftsprojekt erlebt wird.



1

Warum Strukturpolitik neu gedacht werden muss

Verschiedene Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit bewirken weitreichende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen: Der aus dem Klimawandel folgende, politisch gemeinsam festgelegte Weg zur Klimaneutralität genauso wie geopolitische Verwerfungen, technische Entwicklungen, besonders in der Digitalisierung und demografische Trends führen dazu, dass sich ökonomische Strukturen verändern. Das löst Unsicherheiten bei vielen Menschen aus, die von den Folgen der Veränderungen betroffen sind. In dieser Lage gerät der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland zunehmend unter Druck. Viele Menschen zweifeln an der Handlungsfähigkeit der Politik und fühlen sich in den aktuellen Krisen und Umbruchsprozessen allein gelassen. Soziale Abstiegsängste wachsen und autoritäre Strömungen gewinnen an Einfluss. Damit sind zentrale Errungenschaften der Demokratie und der offenen Gesellschaft gefährdet (Boehnke et al. 2024; Zick et al. 2023).

Die Folgen der tiefgreifenden Transformationsprozesse zeigen sich dabei nicht nur in strukturschwachen, sondern zunehmend auch in wirtschaftlich starken Regionen. Die Dekarbonisierung ganzer Industriezweige, die Digitalisierung von Arbeit und Produktion sowie geopolitische Spannungen stellen auch bisher prosperierende Standorte vor große Herausforderungen (Südekum und Rademacher 2024; IW Consult 2023). Ländliche Räume kämpfen mit demografischem Wandel, Abwanderung und unzureichender Daseinsvorsorge, urbane Zentren mit überlasteten Infrastrukturen und wachsender sozialer Ungleichheit. Die ökologischen Krisen – Erderhitzung und Biodiversitätsverlust – treffen Regionen unterschiedlich, verschärfen jedoch überall den Handlungsdruck.

Diese Entwicklungen führen zu einer paradoxen Lage: Trotz stabiler ökonomischer Kennzahlen wächst in vielen Regionen die Unsicherheit. Die etablierten Systeme der regionalen Strukturförderung geraten damit zunehmend unter Reformdruck. Ihre bisherigen Zielsetzungen und Instrumente reichen nicht mehr aus, um die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen der Transformation angemessen aufzugreifen.

Die Strukturpolitik steht vor einer doppelten Aufgabe: Sie muss den Wandel hin zu einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Gesellschaft aktiv mitgestalten. Zugleich muss sie weiterhin ihr Kernziel verfolgen und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen und sichern.

Vor diesem Hintergrund gab es bei den wichtigsten regionalpolitischen Instrumenten in den vergangenen Jahren erste Anpassungen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wurde 2022 umfassend reformiert, um die ökologische Transformation und demografische Entwicklungen besser abzubilden (BMWK 2023). Die EU-Strukturfonds, die zentralen Werkzeuge der EU-Kohäsionspolitik, umfassen in der aktuellen Förderperiode ein breites Themenspektrum, unter anderem Innovation und Forschung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Energieversorgung (BMWK 2025c).

Diese Anpassungen reichen jedoch nicht aus, um die Strukturpolitik für die Zukunft aufzustellen. Weitere Reformen stehen an: Der Zuschnitt der Fördergebietskarte der GRW gilt noch bis Ende 2027 und wird im Jahr 2026 grundlegend reformiert (Alm und Weyh 2025). Offen ist die Frage, nach welchen Kriterien in Zukunft entschieden wird, welche Regionen in Deutschland Regionalförderung erhalten.

Die bislang genutzte Definition von Strukturschwäche, die sich vorrangig auf ökonomische Indikatoren stützt, wie Arbeitslosigkeit oder das Bruttoinlandsprodukt, greift zu kurz. Der erste Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (BMWK 2024b) gibt hierzu erste Hinweise: Viele Regionen, die anhand der Kennzahlen als wirtschaftlich stark gelten, stehen aktuell unter erheblichem Veränderungsdruck. Umgekehrt zeigt sich in ökonomisch aufholenden Regionen, dass subjektive Wahrnehmung und messbare Entwicklung auseinanderfallen – mit ernststen Folgen für die Stabilität der Demokratie. All diese Entwicklungen werden durch die bestehende Strukturpolitik nicht ausreichend berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Beitrag, wie eine zukunftsfähige und transformativ ausgerichtete Strukturpolitik gestaltet werden kann. Er analysiert, an welchen Stellen die bestehenden Instrumente an ihre Grenzen stoßen und erörtert, welche Indikatorensysteme und neuen Steuerungsansätze die Grundlage für eine moderne Regionalförderung bilden können.

Kapitel 2 beschreibt die Zielsetzungen und institutionellen Grundlagen der aktuellen Strukturpolitik in Deutschland. Kapitel 3 diskutiert, welche neuen Anforderungen sich aus den aktuellen Umbrüchen ergeben. Kapitel 4 entwickelt zentrale Bausteine einer transformativen Strukturpolitik und formuliert Empfehlungen für ihre konkrete Ausgestaltung.



2

Status quo der Strukturförderung: Ziele, Instrumente, Defizite

Strukturpolitik umfasst alle politischen Maßnahmen zur gezielten Beeinflussung wirtschaftlicher Strukturen und des Produktionspotenzials einer Volkswirtschaft (Baues et al. 2024; Korkman 2005). Ein zentrales Instrument ist die regionale Strukturförderung, also staatlichen Finanzhilfen zur Überwindung struktureller Defizite, zur Erschließung von Entwicklungspotenzialen und zur Stärkung nachhaltigen Wachstums. Diese Mittel fließen in Infrastruktur, unternehmerische Investitionen, Innovationsförderung und Qualifizierung – stets mit dem Ziel, strukturelle Defizite abzubauen und Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu sichern.

In Deutschland erfolgt die regionale Strukturförderung aktuell über drei Hauptsysteme:

- das Gesamtdeutsche Fördersystem (GFS) bündelt verschiedene Förderprogramme des Bundes und die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)
- die europäischen Strukturfonds werden durch die Bundesländer umgesetzt
- das Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) stellt bis 2038 Sondermittel zur Abfederung des Kohleausstiegs bereit

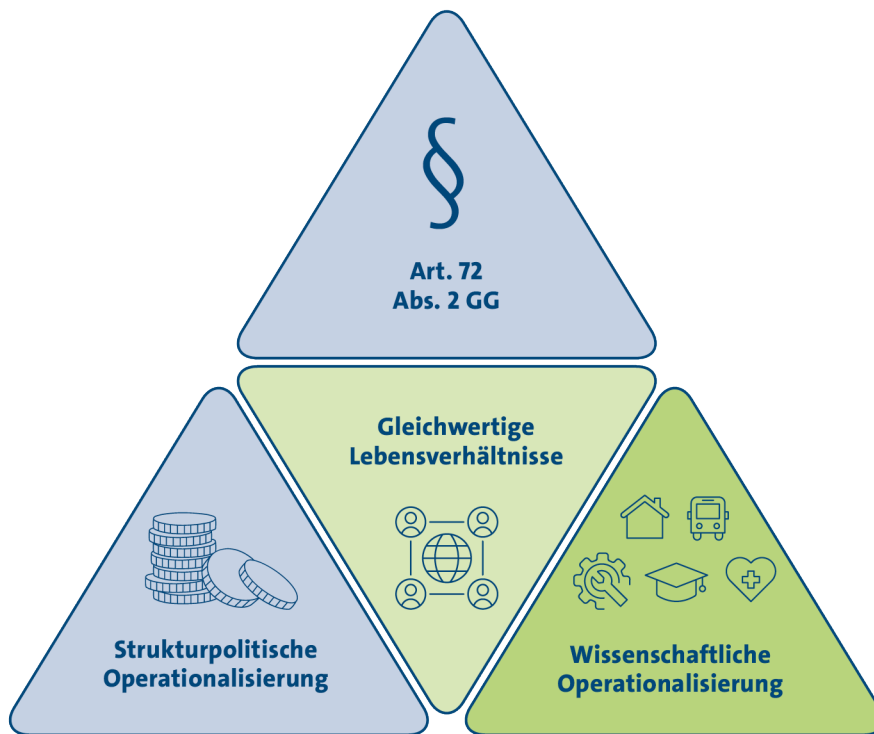
Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU, die auf Landwirtschaft und den ländlichen Raum fokussiert, wird in dieser Analyse nicht berücksichtigt, da dort agrar- und umweltpolitische Ziele im Vordergrund stehen. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden weitere Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland, die zwar die finanzielle Ausstattung der Regionen stark prägen, aber nicht anhand wirtschaftlicher Indikatoren vergeben werden, sondern sich an Bevölkerungszahl und Steueraufkommen orientieren (Grundke und Sunel 2025).

2.1 Was sind „gleichwertige Lebensverhältnisse“?

Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ bildet den normativen Kern der regionalen Strukturförderung in Deutschland und ist in Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes verankert. Damit ist das Ziel formuliert, dass unabhängig vom Wohnort gleiche Chancen auf Teilhabe und Wohlstand bestehen. Dazu zählt der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, einer lebenswerten Umwelt und wirtschaftliche Perspektiven. Gemeint ist keine vollständige Angleichung aller Lebensbedingungen, sondern gleichwertige Bedingungen, die den Gegebenheiten der jeweiligen Regionen Rechnung tragen (Lechleitner 2018).

Die Einstufung einer Region als strukturschwach erfolgt auf Basis politisch festgelegter Indikatoren. Mit dieser Einstufung wird ihre Förderwürdigkeit begründet. In der Forschung existieren verschiedene Ansätze zur Messung von Strukturschwäche: Der traditionelle Ansatz, der derzeit in der Strukturpolitik angewendet wird, legt den Fokus auf wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt (Maretzke et al. 2019). Andere Studien legen den Schwerpunkt auf Wohlstandsverteilung, öffentliche Infrastrukturen und Bildungschancen (Heider et al. 2023; Albrecht et al. 2016). Ein weiterer Ansatz konzentriert sich auf Bevölkerungsentwicklung, Wohnraumbedarfe und Gesundheitsversorgung (Maretzke 2022). Hinzu kommen Aspekte der Siedlungsstruktur, Umweltgerechtigkeit und Energiegerechtigkeit (UBA 2024). In diesen unterschiedlichen Ansätzen spiegelt sich wider, dass Regionen zunehmend mit heterogenen Problemlagen konfrontiert sind und „Gleichwertigkeit“ nur unter Berücksichtigung dieser Komplexität betrachtet werden kann.

Abbildung 1 Gleichwertige Lebensverhältnisse



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Erfolgsbewertung von Strukturförderung fällt je nach Perspektive unterschiedlich aus. Studien zeigen sowohl Fortschritte bei einzelnen Strukturmerkmalen als auch anhaltende Disparitäten, je nachdem, welcher Fokus (bspw. soziale Ungleichheit, Wirtschaftskraft, Teilhabe, Umweltgerechtigkeit) und welche räumliche Gliederung oder Zeitintervalle untersucht werden (König et al. 2023, S. 7 ff.). Viele Regionen haben bei zentralen Strukturmerkmalen aufgeholt (Maretzke et al. 2019). Allerdings bleiben grundsätzliche Ungleichheitsmuster stabil: Unterschiede zwischen Stadt und Land, ökonomische Stärke in südlichen Bundesländern und eine nachholende Entwicklung im Osten prägen weiterhin das Bild (König et al. 2023, S. 7 ff.; Albrecht et al. 2016; Heider et al. 2023; Maretzke 2022; Sixtus et al. 2019; UBA 2024).

Der Begriff gleichwertige Lebensverhältnisse ist komplex und wird durch unterschiedliche Faktoren ökonomischer, ökologischer und sozialer Art beeinflusst. Dieser Blick in die Forschungslage zeigt, dass Strukturschwäche kein feststehendes Konzept ist, sondern ein normativer Begriff, der sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzt und damit letztlich Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses ist (Vgl. [Abbildung 1](#)).

2.2 Wer fördert was? Überblick der regionalen Strukturförderung

Die regionale Strukturförderung ist in Deutschland der zentrale Baustein zur Umsetzung des grundgesetzlichen Auftrags zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Regionale Strukturpolitik ist originär eine Aufgabe der Länder (Art. 28 und 30 GG), wird jedoch seit 1969 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) von Bund und Ländern gemeinsam gestaltet (Art. 91a). Die GRW wurde 2020 in das Gesamtdeutsche Fördersystem (GFS) eingegliedert. Auf EU-Ebene ist die Strukturpolitik – hier Kohäsionspolitik genannt – seit 1988 ein zentrales Politikfeld, in dem erhebliche Finanzmittel verteilt werden. Die Umsetzung erfolgt über die EU-Strukturfonds. In Folge des Kohleausstiegs kam im Jahr 2020 mit dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) ein weiteres regional begrenztes Förderprogramm zur Strukturförderung in Deutschland hinzu (Vgl. [Tabelle 1](#), S. 21).

Tabelle 1 Überblick über die wichtigsten Strukturfördersysteme in Deutschland

	EU-Strukturfonds 			GRW 	Investitionsgesetz Kohleregionen 
	EFRE	ESF+	JTF		
Laufzeit	2021–2027			—	2020–2038, aufgeteilt auf drei Förderperioden
Finanzierung	EU-Mittel und Kofinanzierungsmittel von Bund und Ländern			Hälftige Finanzierung durch Bund und Länder, zzgl. Sonderprogramm des Bundes	Bund
Fördervolumen der aktuellen Laufzeit	22,9 Mrd. Euro	13,4 Mrd. Euro	4,2 Mrd. Euro	—	40 Mrd. Euro
Fördermittel pro Jahr*	3,2 Mrd. Euro	1,9 Mrd. Euro	0,6 Mrd. Euro	1,4 Mrd. Euro	2,2 Mrd. Euro
Regionen	Alle Regionen	Alle Regionen	Besonders transformationsbetroffene Regionen	Strukturschwache Regionen	Braunkohleregionen und Steinkohlestandorte
Kernziel	Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der Union		Bewältigung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft	Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse	Unterstützung des Strukturwandels in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen

*Die jährlichen Fördermittel sind hier als Vergleichsgröße theoretisch berechnet. Es sind keine jährlichen Fördervolumen, die Fördermittel stehen überjährig zur Verfügung. Im Falle der GRW werden die im Bundeshaushalt veranschlagten Mittel in den Jahren 2024–2026 angegeben.

Quelle: Eigene Darstellung. BMWK 2022, InvKG, Bundestagsdrucksache 21/601.

Das Gesamtdeutsche Fördersystem (GFS)

Im GFS sind rund 20 Förderprogramme des Bundes gebündelt. Es wurde 2020 eingeführt und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Das jährliche Mittelvolumen aller Programme im GFS liegt zwischen 4 und 5 Milliarden Euro (BMWK o.J.). Die Ursprünge reichen bis in die 1950er- bzw. 1970er-Jahre zurück. Zunächst standen westdeutsche Grenzregionen und West-Berlin im Fokus, später lag der Schwerpunkt auf den ostdeutschen Bundesländern. Mit der Einführung des GFS wurde das Förderkonzept erstmals auf strukturschwache Regionen im gesamten Bundesgebiet ausgeweitet (Gerlach und Hübner 2023; Stiftung Arbeit und Umwelt 2023; BMWi 2021).

Das traditionsreichste und finanziell volumenstärkste Förderinstrument des GFS ist die GRW, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (BMWK 2025a, S. 6). Sie verfolgt einen

klassisch wirtschaftsorientierten Ansatz und zielt auf die Wettbewerbsfähigkeit strukturschwacher Regionen ab. Schwerpunkt ist die Förderung unternehmerischer Investitionen sowie der Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur. Finanziert wird sie je zur Hälfte von Bund und Ländern. Die Länder stellen innerhalb vorgegebener Förderperioden eigene Programme auf und sind für die Umsetzung verantwortlich.

In der GRW wird Strukturschwäche derzeit über vier Indikatoren definiert: regionale Produktivität, Beschäftigungszahlen, Entwicklung der Erwerbsfähigen und Infrastruktur vor Ort. Anhand dieser Indikatoren wird ein Ranking errechnet (GRW-Koordinierungsrahmen ab 2024). Die schwächsten Regionen werden als sogenannte C-Fördergebiete definiert. Aufgrund von EU-Beihilferegeln dürfen aktuell maximal 18,1 % in diese Kategorie fallen. In diesen Gebieten kommt die volle GRW-Förderung

zum Tragen. Regionen oberhalb der Schwelle werden als D-Fördergebiete mit reduzierter Förderintensität ausgewiesen. Bezogen auf die Bevölkerung leben rund 42 % der Menschen in Deutschland in GRW-Förderregionen.

Für die laufende Förderperiode 2022 bis 2027 wurde der Förderansatz weiterentwickelt: Erstmals wurde die ökologische Transformation explizit als Ziel in der GRW verankert. Fördermittel können nun auch für Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft eingesetzt werden. Förderfähig ist auch die Umgestaltung und Weiterverwendung bestehender Infrastrukturen, wodurch Flächenverbrauch reduziert werden soll. Zudem wird derzeit modellhaft ein neuer Förderbereich im Bereich regionaler Daseinsvorsorge erprobt (BMWK o.J., Abs. 2.3).

Auch im Bereich der Unternehmensförderung wurden neue Akzente gesetzt: Für ausgewählte Branchen wurde die Berücksichtigung arbeitsbezogener Qualitätskriterien eingeführt. Unternehmen aus diesen Branchen müssen Tariflöhne zahlen oder während des Förderzeitraums Lohnsteigerungen umsetzen. Dies gilt jedoch nur für einen kleinen Teil der Branchen auf der sogenannten „bedingt Positivliste“, die nur einen begrenzten strukturpolitischen Impact haben, bspw. im Kulturbereich (MWIKE NRW 2025).

Weitere Förderprogramme der GFS adressieren zunehmend auch über rein ökonomische Aspekte hinausgehende Herausforderungen, etwa in den Bereichen Daseinsvorsorge, Standortattraktivität, Fachkräftesicherung, demografischer Wandel und soziale Infrastruktur (Stiftung Arbeit und Umwelt 2023). Im Anfang 2025 veröffentlichten Bericht der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des GFS wird das transformative Potenzial des GFS hervorgehoben. Einzelne Programme fördern ökologische Modernisierung, demokratische Beteiligung und neue Ansätze zur Stärkung der Daseinsvorsorge. Damit wird das GFS zum strategischen Instrument, um den Strukturwandel aktiv zu gestalten (BMWK 2025a).

Allerdings ist noch offen, inwieweit die GRW diese Transformationsziele in der gegenwärtigen Förderperiode in die Praxis umsetzen wird. Hier liegen noch keine Daten vor. Die nächste GRW-Förderperiode startet im Jahr 2028. Auch dafür werden größere Reformen erwartet. So wird für die Festlegung der Fördergebiete aktuell über vorausschauende Indikatoren diskutiert, die frühzeitig eine bevorstehende Strukturschwäche einer Region anzeigen sollen (Alm und Weyh 2025).

Die EU-Strukturfonds:

Kohäsionspolitik mit breitem Anspruch

Die europäische Strukturpolitik – auf EU-Ebene als Kohäsionspolitik bezeichnet – verfolgt das Ziel, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt innerhalb der EU zu stärken (Europäische Union 2008). Kernstrategie ist die Verringerung regionaler Entwicklungsunterschiede. Für die aktuelle EU-Förderperiode 2021–2027 hat die Europäische Kommission den Mitgliedsstaaten rund 392 Milliarden Euro bereitgestellt, was etwa ein Drittel des EU-Gesamthaushalts entspricht (Europäische Kommission 2021). Diese Mittel werden durch nationale Kofinanzierungen ergänzt.

Die Umsetzung der europäischen Kohäsionspolitik erfolgt über vier Strukturfonds:

- den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)
- den Fonds für den gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF)
- den Kohäsionsfonds (nur für Mitgliedstaaten mit einem pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen unter 90 % des EU-Durchschnitts – damit nicht für Deutschland)

Der finanziell wichtigste Fonds für Deutschland ist der EFRE. Von den rund 21 Milliarden Euro an Kohäsionsmitteln, die Deutschland im Zeitraum 2021–2027 erhält, stammen etwa 11 Milliarden Euro aus dem EFRE (BMWK 2025b). Dieser Fonds unterstützt insbesondere Investitionen in Forschung, technologische Entwicklung und Innovation, digitale Infrastruktur, nachhaltige Stadtentwicklung sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Umwelt- und Klimaschutz. Ein weiteres Ziel ist die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, um Wissenstransfer und eine kohärente Entwicklungspolitik zwischen den Regionen zu gewährleisten.

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union und existiert seit 1957. Sein Ziel ist, Beschäftigung und soziale Integration zu verbessern, indem benachteiligte Gruppen durch Qualifizierung, Weiterbildung und Vermittlung unterstützt werden (BMAS 2024). Der ESF+ ist wichtig für die Stärkung des Arbeitsmarkts und die soziale Integration, klassische Unternehmensförderung ist über ihn nicht zulässig.

Der Just Transition Fund (JTF) ist ein spezieller EU-Fonds, um Regionen zu unterstützen, die besonders stark vom Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft betroffen sind. Gefördert werden die Diversifizierung und Modernisierung lokaler Wirtschaftsstrukturen, Umschulung von Beschäftigten sowie die Minderung sozialer und ökonomischer Herausforderungen, die mit dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern und emissionsintensiven Industrien einhergehen (Europäisches Parlament 2025). Er überschneidet sich teils stark mit anderen EU-Strukturfonds wie ESF+ und dem EFRE, etwa in den Bereichen Beschäftigungsförderung oder wirtschaftliche Entwicklung (MAGS NRW).

Die Europäische Kommission definiert Strukturschwäche über ökonomische Indikatoren: Je niedriger das regionale BIP im Vergleich zum EU-Durchschnitt liegt, desto umfangreicher fällt die finanzielle Unterstützung aus. Während die Mittelvergabe zu Beginn ausschließlich auf strukturschwache Regionen fokussiert war, zielt die EU-Kohäsionspolitik seit der Förderperiode 2007–2013 darauf ab, die Entwicklungspotenziale aller europäischen Regionen proaktiv zu stärken. Die Höhe der finanziellen Unterstützung richtet sich nach dem regionalen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Verhältnis zum EU-Durchschnitt. Weniger entwickelte Regionen erhalten mehr Fördermittel als Übergangs- oder stärker entwickelte Regionen, damit sollen sowohl Effizienz als auch Gerechtigkeit der Mittelvergabe sichergestellt werden.

Thematisch hat sich die Kohäsionspolitik in den vergangenen Jahrzehnten deutlich erweitert. Ursprünglich auf wirtschaftliche Konvergenz fokussiert, wurden im Zuge der 2010 auf EU-Ebene beschlossenen Lissabon-Strategie, mit der die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt werden sollte, Forschung, Entwicklung und Innovationsförderung integriert. In den Folgejahren kamen ökologische und digitale Transformationsziele hinzu. Zudem wurden die EU-Strukturfonds als Kriseninstrumente eingesetzt, etwa während der COVID-19-Pandemie oder bei Hochwasserkatastrophen in Südeuropa. Die Bundesländer in Deutschland können aus einer Vielzahl von Zielen und Themen eigene Förderprogramme entwickeln. Ein wichtiges Element dabei ist die thematische Konzentration: Die EU verpflichtet die Mitgliedstaaten, einen bestimmten Anteil ihrer Fördermittel in strategische priorisierte Politikfelder zu investieren. Beispielsweise müssen die Bundesländer in der Förderperiode 2021–2027 mindestens 30 % der Fördermittel für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen verausgaben.

Aktuell wird die europäischen Kohäsionspolitik für die kommenden Förderperiode ab 2027 neu ausgerichtet (Lämmer-Gamp et al. 2024). Angesichts neuer Prioritäten der EU – etwa in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung – und begrenzter Finanzmittel steht eine grundlegende Reform im Raum. Noch ist offen, ob das bisher breit gefasste Verständnis von Strukturpolitik bestehen bleibt, ob also neben wirtschaftspolitischen auch arbeitsmarkt-, sozial-, umwelt-, klima- und bildungspolitische Aspekte beibehalten werden (Becker 2025).

Das Investitionsgesetz Kohleregionen: Strukturwandel steuern

Das Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) ist ein befristetes Sonderprogramm der deutschen Strukturförderung, das die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen des politisch beschlossenen Kohleausstiegs abfedern soll. Ziel ist es, die betroffenen Regionen beim frühzeitigen Aufbau neuer wirtschaftlicher Perspektiven zu unterstützen und sie in die Lage zu versetzen, den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Im Fokus stehen die drei großen Braunkohleregionen Rheinisches Revier, Mitteldeutsches Revier und Lausitz. Zudem profitieren strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken in Nordrhein-Westfalen, im Saarland sowie ehemalige Braunkohlereviere in Niedersachsen und Thüringen von der Förderung. Insgesamt stellt der Bund hierfür bis 2038 bis zu 41 Milliarden Euro zur Verfügung (BMWK 2024a).

Im Unterschied zu den klassischen Fördersystemen verfolgt das InvKG einen präventiven Ansatz. Es setzt nicht erst bei bereits eingetretenen Krisen an, sondern soll einen vorausschauenden Strukturwandel ermöglichen. Die inhaltliche Breite ist entsprechend groß: Der Fokus liegt auf der Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze, Innovationsförderung und der Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Das Programm zielt auch auf ökologische Nachhaltigkeit, etwa durch Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und umweltfreundliche Infrastruktur. Die Verbesserung der Lebensqualität durch Stärkung der Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheitsversorgung und der sozialen Infrastruktur ist ein weiterer zentraler Baustein.

Das Förderspektrum umfasst neben klassischen Instrumenten wie Investitionszuschüssen, der Entwicklung von Gewerbeflächen und Gründungsförderung auch Programme zur Fachkräftesicherung, Qualifizierung und beruflichen Weiterbildung. Darüber hinaus werden Innovationen und Digitalisierung gefördert, um die Anpassungsfähigkeit der Kohleregionen an neue Technologien und Marktanforderungen zu stärken.

Ein Merkmal des InvKG ist der Fokus auf gesellschaftlichen Zusammenhalt. Neben wirtschaftlichen und ökologischen Zielen unterstützt das Programm auch zivilgesellschaftliche Initiativen und Beteiligungsprozesse, etwa durch Förderungen für Demokratiebildung, regionale Beteiligung und soziale Integration. So wird der Transformationsprozess nicht nur technisch oder ökonomisch gestaltet, sondern auch partizipativ und sozial inklusiv.



Beteiligung der Sozialpartner

Ein zentraler Grundsatz der EU-Kohäsionspolitik ist das Partnerschaftsprinzip. Es sieht vor, dass die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle von Förderprogrammen unter Einbeziehung von Vertreter:innen der Verwaltung, der Wirtschaft, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft erfolgt. Damit sollen Fördermaßnahmen transparenter werden und Entscheidungen besser legitimiert werden. Auf EU-Ebene sind die Sozialpartner im ESF-Ausschuss beteiligt. In den Mitgliedsländern differiert die Beteiligung stark. In Deutschland sind die Sozialpartner in den Begleitausschüssen der Bundesländer beteiligt, darüber hinaus sind jedoch sehr unterschiedlich ausgestattete Beteiligungsstrukturen vorhanden (DGB 2025).

Im Gegensatz zu den EU-Strukturfonds gibt es im Gesamtdeutschen Fördersystem keine Verpflichtung zur Beteiligung der Sozialpartner in Planung und Umsetzung (Gerlach und Hübner 2023). In der Folge findet auch keine strukturierte Einbindung über formale Gremien statt. Bisher sind sie vor allem informell eingebunden und ohne Einfluss auf Entscheidungen. Eine Ausnahme bildet Nordrhein-Westfalen, wo es die etablierte Praxis gibt, Gewerkschaften und

Betriebsräte bei der Vergabe von GRW-Mitteln einzubeziehen. Hier gibt es eine Schlichtungsstelle, bei der Konflikte bezüglich Arbeitsschutz oder Betriebsratsarbeit geklärt werden, bevor die Mittel bewilligt werden (Bartels und Ziegler 2006).

Das InvKG ist aus den Empfehlungen der „Kohlekommission“, offiziell Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, entstanden. Hier waren Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbände und betroffene Regionen vertreten. Das InvKG verpflichtet die Länder ausdrücklich, Begleitzgremien unter Beteiligung der Sozialpartner einzurichten (§ 15). Diese regionalen Begleitausschüsse wirken am Projektauswahlverfahren mit und beteiligen sich an der Fortentwicklung der Programme. Das Bund-Länder-Koordinierungsgremium, das über die strategische Ausrichtung der 40 Milliarden Euro Strukturhilfen bis 2038 entscheidet, arbeitet bislang jedoch ohne systematische Sozialpartnerbeteiligung (Revierwende 2025).

2.3 Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Was leistet die regionale Strukturförderung?

Die regionale Strukturförderung verfolgt das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands zu schaffen. Dieses Ziel bezieht sich auf wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte, die die Lebensqualität vor Ort maßgeblich beeinflussen. Entsprechend vielfältig und komplex ist die Förderlandschaft der regionalen Strukturpolitik in Deutschland.

Die drei beschriebenen Instrumente – das GFS mit der GRW, EU-Strukturfonds und InvKG – verfolgen auf unterschiedliche Weise das gemeinsame Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Sie unterscheiden sich jedoch deutlich in ihrer Ausrichtung, ihrem Anwendungsbereich und ihrer Förderlogik.

Das GFS konzentriert sich vorrangig auf die wirtschaftliche Stärkung strukturschwacher Regionen in Deutschland. Im Zentrum steht die Förderung unternehmerischer Investitionen und wirtschaftsnaher Infrastruktur. Mit der GRW-Reform im Jahr 2022 wurden erstmals ökologische und soziale Aspekte integriert, etwa durch Anreize zur ökologischen Transformation, die Erprobung eines Förderbereichs zur Daseinsvorsorge sowie die Einführung arbeitsbezogener Qualitätskriterien für bestimmte Branchen.

Die EU-Strukturfonds, insbesondere der EFRE, zielen auf die Reduzierung regionaler Disparitäten innerhalb der EU. Sie decken ein breites thematisches Spektrum ab – von Forschung und Innovation über Digitalisierung, Klimaschutz bis hin zu sozialem Zusammenhalt. Die Förderintensität orientiert sich dabei am regionalen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Vergleich zum EU-Durchschnitt. Gleichzeitig gelten für alle Regionen grundlegende Fördermöglichkeiten – verbunden mit der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, feste Quoten für priorisierte Politikziele wie Umwelt- und Klimaschutz einzuhalten.

Das InvKG stellt ein befristetes, aber umfassend angelegtes Sonderprogramm dar, das den Strukturwandel in ehemaligen Kohleregionen unterstützen soll. Es hat einen integrierten, präventiven Ansatz, der wirtschaftliche, soziale und ökologische Maßnahmen verbindet. Neben klassischer Wirtschaftsförderung wird darin besonderer Wert gelegt auf gesellschaftlichen Zusammenhalt, etwa durch Förderung von Qualifizierung, Daseinsvorsorge, Partizipation und zivilgesellschaftlicher Mitgestaltung.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die drei Fördersysteme stehen für eine Vielzahl von teils unterschiedlichen Zielen und Förderthemen, die in den verschiedenen Regionen noch einmal stark variieren können. Die Bundesländer stellen im Rahmen der Förderstrukturen jeweils eigene Programme auf und bestimmen dabei die inhaltlichen Schwerpunkte. Damit können sie einerseits in den Regionen die Fördermittel bedarfsgerecht einsetzen, andererseits besteht aber die Gefahr, dass die eigentlichen Strukturschwächen nur unzureichend adressiert werden. Da es sich um zweckgebundene Fördermittel des Bundes bzw. der EU mit Bindungsfrist handelt, nach deren Ablauf die Mittel in der Regel verfallen, entsteht ein Anreiz, Fördergelder vorrangig dort einzusetzen, wo ein schneller Mittelabfluss möglich ist – auch wenn dies nicht unbedingt den größten tatsächlichen Bedarf widerspiegelt.

Trotz ihrer unterschiedlichen Logiken und Förderkulissen weisen die Fördersysteme auch inhaltliche Schnittmengen auf, etwa bei der Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur und unternehmerischer Investitionen oder in der Innovationsförderung. Hier könnten Synergien noch besser genutzt werden. Im Vergleich fällt auf: Während die EU-Strukturförderung mittlerweile auf ein breites Spektrum gesellschaftlicher, ökologischer und wirtschaftlicher Herausforderungen reagiert und daher alle Regionen grundsätzlich förderfähig sind, bleibt das deutsche Fördersystem selektiv, reaktiv und ist auf wenige Regionen fokussiert. Trotz der GRW-Reform 2022, mit der erstmals ökologische Transformationsziele integriert wurden (BMWK o.J.), bleibt doch das Förderinstrument in seinem Zuschnitt thematisch und regional beschränkt.

Die Auswahlkriterien für Fördergebiete basieren sowohl im GFS als auch in der EU-Kohäsionspolitik bislang überwiegend auf ökonomischen Indikatoren, wie BIP, Beschäftigung oder Infrastruktur. Nicht-ökonomische Faktoren wie Lebensqualität, ökologische Belastung, soziale Teilhabe oder demokratische Beteiligung spielen keine Rolle. Die Kriterien beziehen sich auf den Status quo. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer kohärenten Weiterentwicklung der Fördersystematik, bei der Indikatoren und Programmatik besser zusammenpassen, die die strukturellen Faktoren besser abbildet und Transformation gezielter steuern kann.

Erste Schritte zur Neuorientierung – wohin geht der Weg?

Inhaltlich ist eine Neuorientierung der Strukturförderung erkennbar: Neben klassischen Zielen wie Wachstum und Beschäftigung rücken Transformationsziele wie Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und soziale Teilhabe verstärkt in den Fokus. Besonders die EU-Strukturpolitik und das InvKG spiegeln diese Entwicklung wider. Die GRW hat mit ihrer Reform 2022 durch die Öffnung für ökologische Ziele und arbeitsbezogene Kriterien erste Schritte in diese Richtung unternommen, eine grundsätzliche Neuausrichtung der Förderpraxis steht jedoch noch aus.

In der Vorbereitung der kommenden Förderperioden werden die Weichen für die zukünftige Ausrichtung gestellt. Angesichts wachsender Herausforderungen – vom demografischen Wandel über Klimakrise und Digitalisierung bis zu geopolitischen Risiken und knappen Haushaltsmitteln – steigt der Druck auf die Strukturpolitik, sich strategisch weiterzuentwickeln und die Mittel konzentrierter einzusetzen. Offen bleibt, ob der Kurs einer transformativen Ausrichtung beibehalten und konsequent weiterentwickelt wird, oder ob es eine Rückbesinnung auf klassische Wirtschaftsförderung gibt. Die Frage lautet: Bleibt Strukturförderung reaktiv und verwaltend – oder wird sie zu einem vorausschauenden Instrument für die gesellschaftliche Entwicklung?



3

Anforderungen an eine transformative und präventive Strukturpolitik

Das vorangegangene Kapitel zeigt: Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein komplexes, mehrdimensionales Ziel. Der erste Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung trägt dem Rechnung: Gleichwertigkeit bedeutet nicht nur wirtschaftliche Kohäsion, sondern gesellschaftliche Teilhabe, Zugang zu Daseinsvorsorge und Infrastruktur sowie ökologische Rahmenbedingungen, die ein gutes Leben und Wirtschaften in Deutschland ermöglichen (BMWK 2024b). Dieses breite Verständnis geht weit über traditionelle ökonomische Kennzahlen hinaus. Dies wird in der Strukturförderpraxis aber bislang nicht genügend abgebildet.

Noch immer orientiert sich die regionale Förderlogik überwiegend an klassischen ökonomischen Indikatoren, wie BIP, Arbeitslosenquote oder Unternehmensdichte. Dabei bleibt ein erheblicher Teil aktueller Herausforderungen außen vor, etwa die sozialen und ökologischen Folgen der Transformation, geopolitische Unsicherheiten, oder die zunehmende Aushöhlung demokratischer Strukturen. Zugleich zeigt der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (BMWK 2024b), dass die Regionen sehr unterschiedliche Ressourcen haben, diese Herausforderungen anzugehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie eine Strukturpolitik der Transformation aussehen müsste: Wie können Förderprogramme den tiefgreifenden Wandel nicht nur begleiten, sondern gestalten? Und wie lassen sich dabei wirtschaftliche Resilienz, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Stabilität zusammendenken?

Die folgenden Abschnitte argumentieren für eine Weiterentwicklung und Gestaltung der Förderlogik entlang ökologischer, demokratischer, gesellschaftlicher und zukunftsgerichteter wirtschaftlicher Kriterien.

3.1 Umweltgerechtigkeit als eine Kernfrage regionaler Entwicklung

In der aktuellen Förderpraxis spielen ökologische Aspekte keine systematische Rolle bei der Identifikation strukturschwacher Regionen. Dies steht im Widerspruch zu einem erweiterten Verständnis gleichwertiger Lebensverhältnisse, das auch ökologische Rahmenbedingungen als grundlegende Voraussetzung für Lebensqualität, Teilhabe und regionale Entwicklung anerkennt. Bereits im ersten Raumordnungsbericht von 1975 (BMRBS 1974) wurde eine „menschenwürdige Umwelt“ als Bestandteil gleichwertiger Lebensbedingungen genannt.

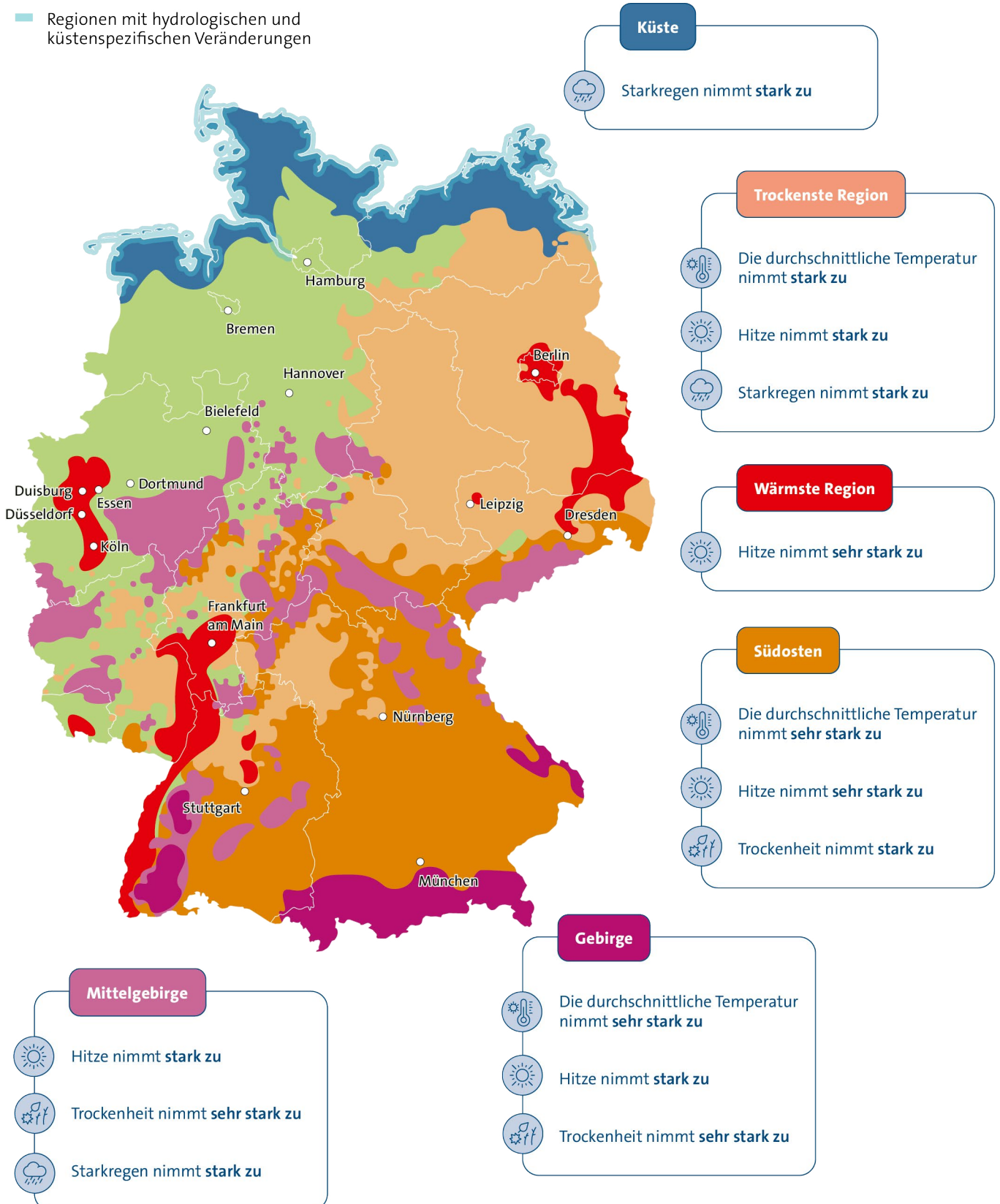
Der Begriff der Umweltgerechtigkeit greift diese Dimension auf. Er umfasst das Recht auf eine gesunde Umwelt sowie den Schutz vor übermäßigen Belastungen. Umweltqualität beeinflusst Lebensverhältnisse auf mehreren Ebenen – physisch, psychisch, sozial und wirtschaftlich. Luftverschmutzung, Lärm, fehlender Zugang zu Grünräumen oder klimatische Extrembelastungen wirken sich direkt auf Gesundheit, Wohlbefinden und Entwicklungschancen aus. Zahlreiche Studien belegen den Zusammenhang zwischen Umweltbedingungen und Lebenszufriedenheit (Rajani et al. 2019; Silva et al. 2012). Gleichwertigkeit bedeutet in diesem Sinne: gleiche Chancen auf eine intakte Umwelt.

Die Realität sieht anders aus: Umweltbelastungen sind räumlich ungleich verteilt, durch Industrieansiedlungen, Verkehrsinfrastruktur oder Hitzebelastung in dicht bebauten urbanen Räumen. Menschen mit geringem Einkommen oder in benachteiligten Stadtteilen tragen häufig eine überproportional hohe ökologische Last und haben gleichzeitig weniger Möglichkeiten zur Kompensation oder zum Rückzug ins Grüne (Niemann et al. 2015; Claßen et al. 2011). Der Zugang zu Frei- und Grünflächen wirkt sich nachweislich positiv auf Gesundheit und Lebensqualität aus

Abbildung 2 Unterschiedliche Klimaräume und absehbare Herausforderungen durch Wetterereignisse im Bundesgebiet

Insgesamt nehmen die durchschnittliche Temperatur sowie die Wahrscheinlichkeit für Hitze, Starkregen und Trockenheit in allen Regionen leicht zu. Hinzu kommen in den einzelnen Klimaräumen starke bis sehr starke Veränderungen.

Regionen mit hydrologischen und küstenspezifischen Veränderungen



Quelle: UBA 2022.

(Draxler 2019; Patino et al. 2023). Umweltungerechtigkeit verschärft dadurch räumliche Ungleichheiten und untergräbt das politische Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Auch der Klimawandel macht deutlich, wie entscheidend ökologische Kriterien für die räumliche Gerechtigkeit sind: Die regional unterschiedliche Betroffenheit durch Hitze, Trockenheit, Hochwasser, Starkregenereignisse, Biodiversitätsverlust oder Wasserstress zeigt sich auch in Deutschland bereits deutlich (Vgl. [Abbildung 2, S. 19](#)). Die Auswirkungen reichen von Gesundheitsrisiken über infrastrukturellen Druck bis hin zu Ertragsausfällen in Land- und Forstwirtschaft. Der Südwesten und Osten Deutschlands kämpfen verstärkt mit Hitzewellen und Dürre. Städte sind durch Verdichtung besonders betroffen, zeitgleich steigt dort das Risiko für Starkregenereignisse. Küstenregionen leiden unter Sturmfluten und dem steigenden Meeresspiegel (Welsch 2020; UBA 2022). Die regionale CO₂-Emissionsintensität variiert ebenfalls nach Industriedichte oder emissionsintensiven Verkehrs- und Gebäudestrukturen (Südekum und Rademacher 2024). Manche Regionen tragen daher mehr zur Klimaerwärmung bei als andere, während manche Regionen stärker von den Folgen betroffen sind als andere. In beiden Fällen entstehen hohe Transformationskosten, die regional ungleich verteilt sind.

Hinzu kommen die indirekten sozialen Folgen der ökologischen Transformation selbst. So kann die Verkehrswende etwa in Regionen mit schlechter ÖPNV-Anbindung zu Mobilitätsarmut führen – insbesondere dort, wo Menschen auf das Auto angewiesen sind, aber keine emissionsfreien Alternativen nutzen können (Stark et al. 2023). Ähnlich droht durch steigende Energiepreise oder Investitionskosten für neue Heizsysteme in bestimmten Regionen eine wachsende Energiearmut (Bach et al. 2025). Diese sozial-ökologischen Spannungen wirken nicht überall gleich. Sie sind regional differenziert und treffen strukturschwache Regionen oft besonders hart (Bouzarovski und Simcock 2017). Werden sie nicht berücksichtigt, laufen Klimaschutzmaßnahmen Gefahr, sozial und räumlich polarisierend zu wirken.

Ökologische Lebensqualität ist kein „Luxusgut“, sondern Teil grundlegender Daseinsvorsorge. Der Zugang zu sauberer Luft, Wasser, gesunder Wohnumgebung und Naturflächen sollte ebenso selbstverständlich abgesichert sein wie Bildung oder Gesundheitsversorgung. Hinzu kommt die intergenerationelle Perspektive: Nur wenn ökologische Kriterien heute berücksichtigt werden, lassen sich auch für die junge Generation und die nachfolgenden Generationen gleichwertige Lebensbedingungen sichern. Das beugt

Abwanderungstendenzen vor und ist damit nicht nur eine Frage der Umweltpolitik, sondern eine zentrale Bedingung regionaler Resilienz und Gerechtigkeit.

Die Integration ökologischer Kriterien in die Strukturpolitik ist zwingend erforderlich – nicht nur als Reaktion auf akute Umweltprobleme, sondern als strategisches Element zur Sicherung sozialer Teilhabe, gesundheitlicher Chancengleichheit und langfristiger Zukunftsfähigkeit. Strukturförderung muss ökologische Lebensrealitäten ernst nehmen – und aktiv in ihre Bewertungssysteme, Förderlogiken und Zielhorizonte integrieren.

3.2 Teilhabe und Vertrauen: Demokratie als Standortfaktor

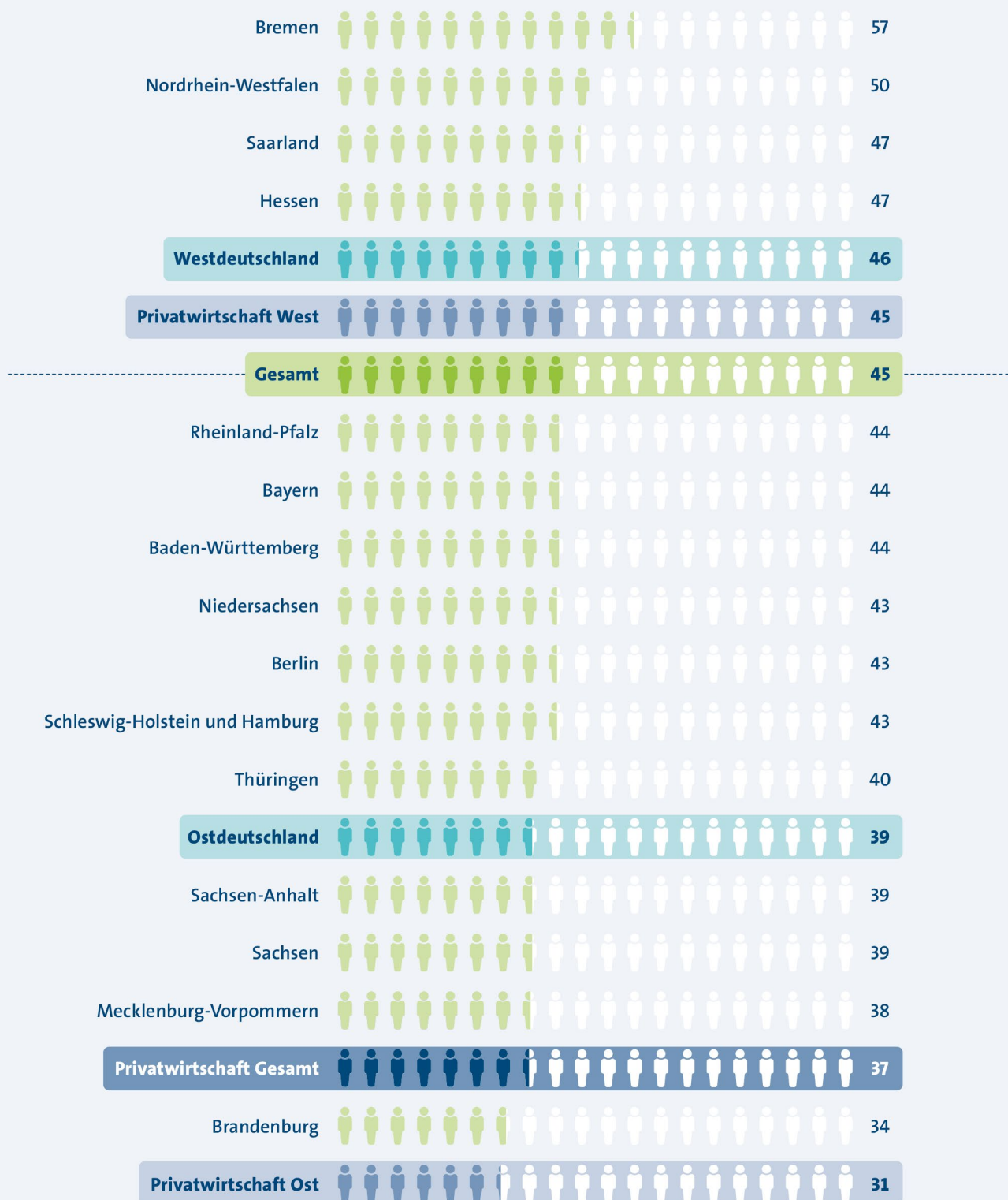
Ökonomische Kennzahlen und Umweltbedingungen allein reichen nicht aus, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu erfassen. Soziale Teilhabe, politisches Vertrauen und demokratische Stabilität sind ebenfalls essenzielle Voraussetzungen für regionale Entwicklung und somit integraler Bestandteil einer modernen, transformativen Strukturpolitik.

Demokratie stellt selbst eine ökonomische Ressource dar. Forschungen belegen, dass politisches Vertrauen – das Vertrauen in politische Akteure und Institutionen – einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hat: durch geringere Korruption, höhere Steuerehrlichkeit und eine effizientere Verwaltung (Muringani et al. 2024; Kumagai und Iorio 2020). Auch das soziale Vertrauen – das Zutrauen in Menschen des Umfelds und in zivilgesellschaftliche Strukturen – trägt zur Innovationskraft und ökonomischen Resilienz bei (Trigilia 2001; Putnam et al. 1994).

Umfragen in Deutschland zeigen ein deutlich regional differenziertes Vertrauensniveau, wobei auffällige Defizite im Osten sowie in Teilen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland zu verzeichnen sind (Muringani et al. 2024). Nur in wenigen europäischen Ländern, darunter Italien, sind vergleichbare regionale Unterschiede zu beobachten. Diese Ungleichheiten beeinflussen direkt die wirtschaftlichen Entwicklungschancen einer Region und sollten daher förderrelevant sein. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen stellt ein zentrales Bindeglied zwischen Infrastruktur, Vertrauen und Demokratie dar (Heider et al. 2025). Forschungen zeigen, dass der schlechte Zugang zu Schulen, Kliniken oder öffentlichem Nahverkehr zu einem Gefühl der Isolation führen kann. Dies wiederum kann das

Abbildung 3 Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten, die einen Betriebs- oder Personalrat haben

Von 100 Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit einem Betriebs- oder Personalrat...



Quelle: IAB-Betriebspanel 2024.

 = 5 Beschäftigte

Vertrauen in politische Institutionen untergraben und die Wahl populistischer Parteien fördern (Gold und Lehr 2024; Latham und Layton 2022; Ziller und Andreß 2022; Heider et al. 2025). Diese „Geografie der Unzufriedenheit“ (Stroppe 2023) betrifft vor allem Gebiete, die von Abwanderung und einer Ausdünnung der Infrastruktur betroffen sind, teils trotz immenser wirtschaftlicher Aufholerfolge (Diermeier 2020; Heider et al. 2025).

Zudem zeigen sich große regionale Unterschiede beim zivilgesellschaftlichen Engagement – einem wichtigen Stabilisierungsfaktor für demokratische Einstellungen: Vereinsdichte, Parteimitgliedschaften, Gewerkschaftsbindung und Wahlbeteiligung variieren regional stark (Schäfer 2023; Träger und Pollex 2020; D'Antonio 2017). Historische Prägungen spielen hier eine große Rolle: Während Regionen wie das Ruhrgebiet oder Baden-Württemberg auf eine lange Tradition sozialpartnerschaftlicher Organisation zurückblicken, sind viele ostdeutsche Regionen durch Strukturbrüche geprägt – mit schwächer ausgeprägter zivilgesellschaftlicher Infrastruktur (Bispinck 2020; Heinze et al. 2025; Bose et al. 2020).

Ein zentraler Ort für demokratische Teilhabe ist die Arbeitswelt. Studien belegen, dass dort, wo betriebliche Mitbestimmung und Beteiligung vorhanden sind, Transformationsprozesse besser verstanden, akzeptiert und aktiv mitgestaltet werden (Schulz und Trappmann 2023). Allerdings gibt es hier ebenfalls große regionale

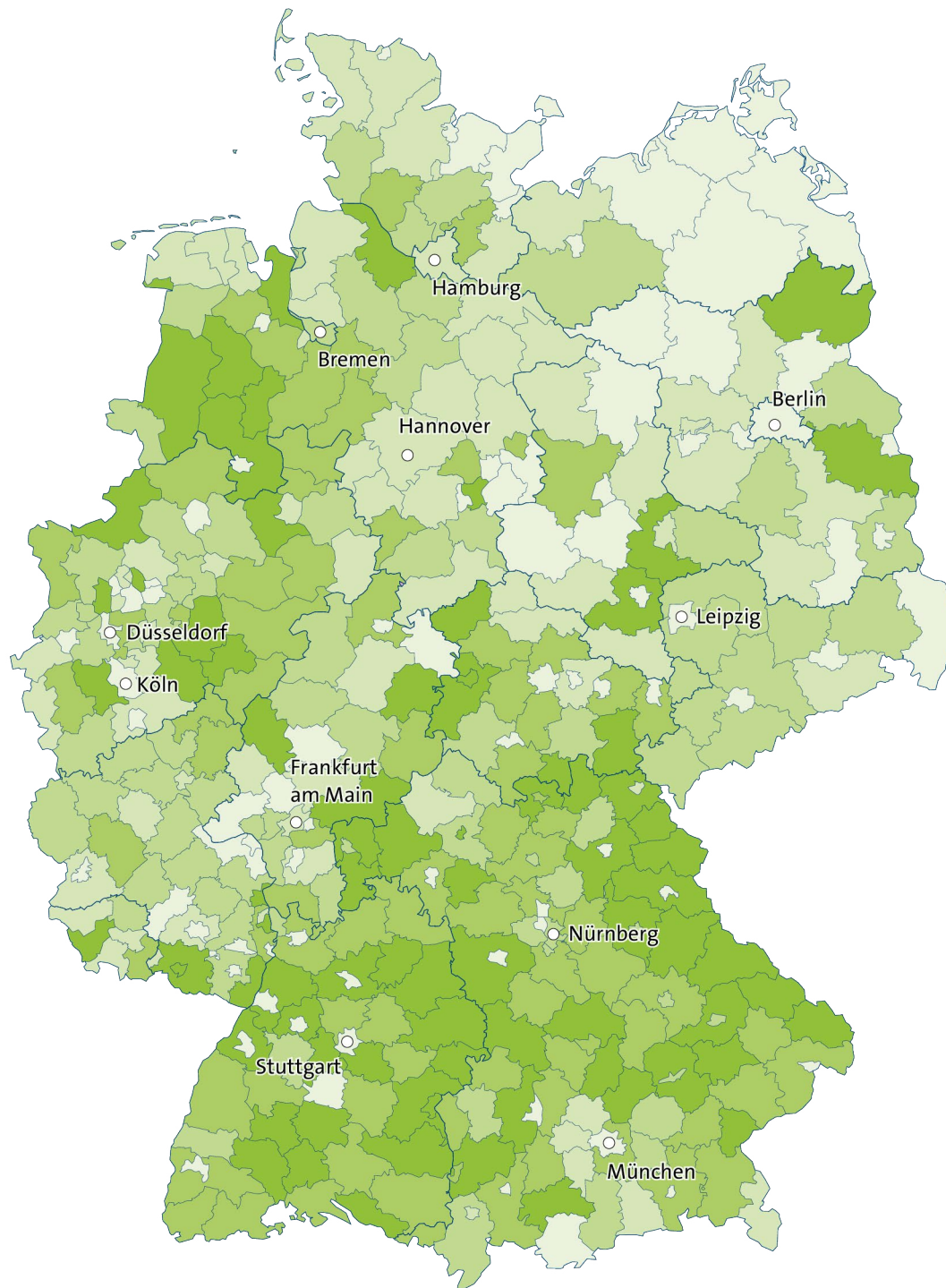
Unterschiede: Der Anteil der Beschäftigten mit gewählter Interessenvertretung nimmt seit Jahren insgesamt ab – bundesweit liegt er bei 45 %. Die Unterschiede in den einzelnen Bundesländern sind dabei groß. In einigen Bundesländern wird mindestens die Hälfte der Beschäftigten durch einen Betriebsrat vertreten. In der ostdeutschen Privatwirtschaft arbeiten aktuell nur knapp ein Drittel der Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat (Hohendanner und Kohaut 2025, vgl. auch [Abbildung 3, S. 21](#)). Dies ist ein zentrales Hindernis für die Akzeptanz von Veränderungen am Arbeitsplatz: Insbesondere Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten erfahren Transformationen wie die Digitalisierung oder Dekarbonisierung oft als einen Verlust von Kontrolle – dies gilt insbesondere, wenn sie keine Vertretung haben, der sie vertrauen (Siebert und Buchstab 2025; Schaupp 2024, 2021; Mau et al. 2024).

Demokratie, Teilhabe und Vertrauen sind keine „weichen“ Beigaben zur Strukturförderung. Sie sind entscheidend für wirtschaftliches Wachstum, Innovationskraft und regionale Widerstandsfähigkeit. Um zukunftsfähige Strukturpolitik zu gestalten, müssen diese Kriterien systematisch einbezogen werden – zum Beispiel durch Indikatoren für politisches Vertrauen, Beteiligungsstrukturen und die Dichte der Zivilgesellschaft.



Abbildung 4 Regionale Betroffenheit durch die Transformation

Die Karte zeigt, wie stark Regionen den vier Transformationstreibern Dekarbonisierung, Digitalisierung, Deglobalisierung und demographischer Wandel ausgesetzt sind. Gemessen wurde die Summe von standardisierten Indikatoren. Die Werte wurden in fünf gleich große Gruppen (Quintile) unterteilt. Je dunkler die Farbe, desto stärker ist die regionale Ökonomie diesen Treibern ausgesetzt.



Gruppe 1 (geringste Betroffenheit) — Gruppe 5 (höchste Betroffenheit)

3.3 Struktur stark – Zukunft schwach?

Ökonomische Kriterien reichen nicht aus

Die bisherigen Indikatoren zur Bestimmung ökonomischer Strukturschwäche basieren auf einem klassischen, rückblickenden Verständnis: Vor allem erfassen sie bestehende Problemlagen, wie beispielsweise hohe Arbeitslosigkeit, ein geringes Bruttoinlandsprodukt oder eine niedrige Unternehmensdichte. Diese Größen waren über viele Jahrzehnte hinweg geeignet, um sich mit Wachstumsrückständen zu befassen. Angesichts der weitreichenden Veränderungen, insbesondere durch Dekarbonisierung und Digitalisierung, ist dieser Ansatz jedoch nicht mehr ausreichend.

Diese Entwicklungen werden die ökonomischen Strukturen in Deutschland grundlegend verändern, wobei die Auswirkungen regional stark variieren werden. Durch den politisch unabdingbaren Beschluss zu einer klimaneutralen Wirtschaft sind Arbeitsplätze in der CO₂-intensiven Industrie teils sehr hohem Druck ausgesetzt. Gleichzeitig eröffnen sich in anderen Sektoren neue Berufsmöglichkeiten (Becker et al. 2025). Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass dies nicht notwendigerweise in den Regionen geschieht, in denen Betriebe schließen oder Branchen ausgedünnt werden. Neue Jobs sind nicht immer anschlussfähig an regional vorhandene Fähigkeiten. Hier ist eine lange Übergangsphase zu erwarten, die politisch aktiv gestaltet werden muss. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, dass die Klimatransformation kein klassischer, wirtschaftlich bedingter Strukturwandel ist, sondern das Ergebnis einer politisch getroffenen, wenngleich wichtigen und sinnvollen, Entscheidung.

Hinzu kommen Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen durch sich verändernde internationale Handelsbeziehungen und als Folge demografischer Entwicklungen. Die regionale Ausgesetztheit gegenüber diesen Einflussfaktoren variiert stark. Es zeigt sich allerdings, dass einige Regionen im Südwesten Deutschlands stark betroffen sind, die aktuell noch vergleichsweise gute ökonomische Kennzahlen vorweisen (Grimm et al. 2025, vgl. [Abbildung 4, S. 23](#)).

Die gegenwärtigen Indikatoren der Strukturpolitik berücksichtigen jedoch diese zukünftigen Risiken nicht – sie sind retrospektiv und nicht prospektiv. Das heißt: Gebiete, die in der Zukunft einen hohen Anpassungsbedarf haben werden, können derzeit noch als ökonomisch stark angesehen werden und fallen aktuell aus dem Förderradar, obwohl sie vor gravierenden Einschnitten stehen (Alm und Weyh 2025; Südekum und Rademacher 2024; Lichtblau et al. 2022).

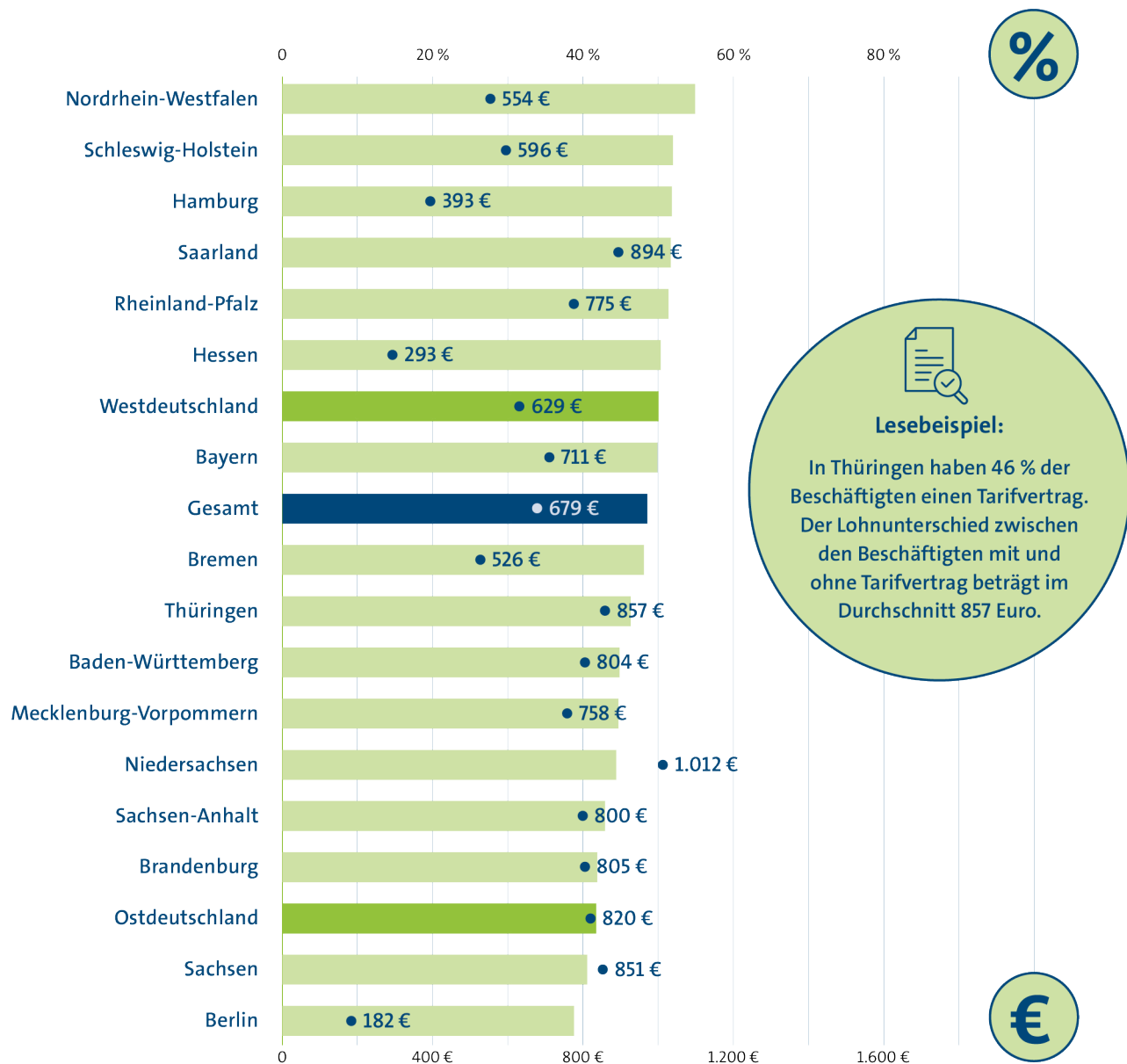
Diese Schieflage zeigt sich auch im subjektiven Empfinden der Bevölkerung. Obwohl zahlreiche Gebiete wirtschaftlich aufgeholt haben, nehmen die Menschen vor Ort diese dennoch als „abgehängt“ wahr (Grimm et al. 2025). Diese „gefühlte Strukturschwäche“ spiegelt sich im Wahlverhalten: Besonders gute Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien finden sich dort, wo trotz objektiver Verbesserungen frühere Strukturbrüche oder hohe Transformationsrisiken das Vertrauen in die Zukunft prägen (Manow, 2022; Bergmann et al. 2025).

Diese Wahrnehmungen sind kein irrationales Gefühl, sondern legitime Frühwarnzeichen. Die erforderlichen strukturellen Veränderungen im Zusammenhang mit der Klimapolitik werden nicht nur zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen führen, sondern auch ganze Wertschöpfungsketten verändern. Zugleich bestehen hinsichtlich der Qualifizierungs- und Anpassungsstrategien vielfach Unklarheiten, vor allem in Gebieten mit einer hohen Industriedichte, einer schwachen Infrastruktur oder einem Mangel an Fachkräften (Heikonen et al. 2025; Fitzenberger und Kagerl 2025; Schneemann et al. 2025). Dies bedeutet für die Strukturschwächemessung, dass die Krisenbewältigungsfähigkeit des Arbeitsmarkts in den Regionen stärker Berücksichtigung finden sollte (Alm und Weyh 2025).

Ein weiterer Schwachpunkt der bestehenden Bewertungssysteme: Sie vernachlässigen die Qualität der Arbeit. Tarifbindung, ein wesentlicher Faktor für gerechte Bezahlung, verlässliche Arbeitsbedingungen und wirtschaftliche Stabilität, wird bisher kaum in der Förderlogik berücksichtigt. Dabei ist die Tarifbindung in Deutschland seit Jahren rückläufig und liegt bundesweit nur noch bei rund 50 %, in manchen Regionen deutlich darunter (Lübker und Schulten 2024). Besonders gering ist sie in Bundesländern, die gleichzeitig stark von Strukturförderung profitieren. In Ostdeutschland liegt sie teils unter 40 %. Die Tariflücke – der Verdienstunterschied zwischen Beschäftigten mit und ohne Tarifvertrag – ist ebenfalls regional sehr unterschiedlich, aber auch in den Ländern mit hohen Strukturförderanteilen besonders hoch, mit entsprechenden negativen Folgen für die Konsumkraft, das Steueraufkommen und die soziale Absicherung und damit für die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung ([Abbildung 5](#)).

Abbildung 5 Beschäftigte mit Tarifvertrag und Tarifrücke in den Bundesländern

Die Balken zeigen den Anteil der Beschäftigten mit einem Branchen-, Flächen- oder Haustarifvertrag im Jahr 2024, die Punktwerte den Unterschied im Bruttomonatsverdienst zwischen Beschäftigten mit und ohne Tarifvertrag.



Quelle: IAB-Betriebspanel und Bundestagsdrucksache 21/857. Eigene Darstellung.

Die EU-Mindestlohnrichtlinie sieht vor, dass Mitgliedsstaaten mit weniger als 80 % Tarifbindung Maßnahmen zur Stärkung tariflicher Strukturen ergreifen müssen. Eine Bindung von Strukturförderung an tarifliche Standards wäre nicht nur ein wichtiger wirtschaftspolitischer Impuls, sondern würde als Hebel zur Stärkung qualitativ hochwertiger Beschäftigung zusätzlich helfen, europäische Vorgaben umzusetzen (DGB 2024).

Die ökonomischen Kriterien der Strukturpolitik müssen grundlegend überarbeitet werden. Notwendig ist eine zukunftsgerichtete Indikatorik, die neben dem Status quo auch Transformationsrisiken, die Qualität von Arbeitsplätzen und Anpassungsfähigkeit berücksichtigt. Nur so können die Regionen identifiziert und gestärkt werden, die in der kommenden Dekade besonders gefordert sein werden, unabhängig davon, ob sie heute als „strukturschwach“ gelten oder nicht.

3.4 Gleichwertigkeit neu denken

Der Begriff der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ bildet seit Jahrzehnten den normativen Kern regionaler Strukturpolitik in Deutschland. Doch die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich grundlegend verändert. Megatrends wie Klimawandel, Digitalisierung, Ressourcenknappheit, demografischer Wandel und Deglobalisierung wirken tief in das regionale Gefüge hinein – mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen. Regionen unterscheiden sich in ihren natürlichen Gegebenheiten, ihrer wirtschaftlichen Struktur, ihrer sozialen Infrastruktur und ihrer Resilienz gegenüber Krisen. Diese Differenzierung erfordert ein erweitertes Begriffsverständnis von Gleichwertigkeit, das mehrdimensionale Ausgangslagen anerkennt – und nicht versucht, sie über einen einheitlichen Maßstab zu nivellieren.

Gleichzeitig verändern sich auch die politischen Anforderungen: Die tiefe gesellschaftliche Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung, sichtbar etwa in der Wahl rechtspopulistischer Parteien, ist ein Ausdruck wahrgenommener Perspektivlosigkeit. Studien zeigen: Nicht primär die aktuelle wirtschaftliche Lage, sondern mangelndes Vertrauen in Institutionen ist der zentrale Treiber politischer Destabilisierung (Manow 2022). Strukturpolitik kann hier ein Instrument sein, um Bindung herzustellen – wenn sie soziale, ökologische und politische Komponenten konsequent integriert (Gold und Lehr 2024; Heddesheimer et al. 2024).

Diese Perspektive hat Konsequenzen für die Förderpolitik: Wenn gleichwertige Lebensverhältnisse mehr sind als wirtschaftlicher Aufholbedarf, dann muss sich dies auch in den Zielen, Instrumenten und Bewertungsmaßstäben der Strukturförderung niederschlagen. Es braucht eine neue Zielarchitektur, die die Vielfalt der Herausforderungen und Potenziale der Regionen systematisch abbildet – und in der Strukturpolitik selbst zur Anwendung bringt.

Eine solche Neuausrichtung bleibt nicht abstrakt. Sie lässt sich konkret fassen – in der Auswahl von Indikatoren, der Gestaltung von Förderlogiken und der Definition von Fördergebieten. Im folgenden Kapitel wird skizziert, wie eine transformativ ausgerichtete Strukturpolitik aussehen könnte.



4

Eine neue Strukturpolitik für die Transformation

Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte erfordern einen tiefgreifenden Wandel in nahezu allen Regionen (Mazzucato 2021; Boschma 2015). Eine moderne Strukturpolitik muss diesen Wandel mit begrenzten Mitteln aktiv gestalten. Unser Vorschlag für eine transformativ ausgerichtete Strukturpolitik baut auf bestehende Bundes- und EU-Förderinstrumente auf, entwickelt diese konsequent weiter und nutzt Synergien durch eine Bündelung der bestehenden Systeme. Dazu gehört ein neues einheitliches Zielssystem, das sich an auch an planetaren Belastungsgrenzen und gesellschaftlicher Resilienz orientiert.

Strukturfördermittel müssen sich konkret am Bedarf der Regionen orientieren. Sie machen nur einen kleinen Teil regional wirksamer Finanzmittel in Deutschland aus (Grundke und Sunel 2025). Die meisten Mittel zwischen den Ebenen fließen über kommunale Finanzausgleichssysteme der Länder, den Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), die finanzschwächere Länder stärken. Diese Verteilung erfolgt überwiegend anhand von Steueraufkommen und Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel) und ist nicht an regionalen Bedarfen orientiert. Gleiches gilt für die Verteilung der Mittel, die aus dem Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur zur Verfügung stehen. Strukturfördermittel sind die Ausnahme, die daher gezielt auf regionale Schwächen ausgerichtet sind. Da der Transformationsbedarf flächendeckend besteht, sollten grundsätzlich alle Regionen förderfähig sein – die Höhe der Fördermittel sollte allerdings von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängen.

Transformative Strukturpolitik braucht eine erweiterte Zielorientierung. Zentrale Bereiche wie ökologische Transformation, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Resilienz sind in der bestehenden Indikatorik nicht ausreichend abgebildet. Die Förderprogramme sind hier weiter entwickelt als die zugrunde liegende Messung von Strukturschwäche. Konkret sollten die unterschiedlichen

Strukturschwächen zunächst anhand geeigneter Indikatoren identifiziert werden und darauf aufbauend entsprechende Fördermaßnahmen aufgestellt werden. Dies würde helfen, knapper werdende Mittel ziel- und bedarfsgerechter einzusetzen.

Ein zentrales Element ist die partizipative Steuerung. Regionale Akteure verfügen über kontext- und regionalspezifisches Wissen, das für die Umsetzung komplexer Transformationsprozesse relevant ist. Strukturpolitik muss dieses Wissen aktiv einbinden.

4.1 Ziele neu setzen: Was Strukturpolitik leisten muss

Das Zielsystem ist der strategische Kompass von Strukturpolitik: Es geht immer um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Um dies zu erreichen, geht eine zukunftsorientierte Ausrichtung über die klassischen Ziele von Strukturpolitik hinaus. Wachstums- und Beschäftigungsförderung werden ergänzt um zentrale gesellschaftliche und ökologische Anliegen. Die Einhaltung planetarer Grenzen sowie gesellschaftlicher Frieden und demokratische Stabilität.

Die planetaren Grenzen markieren die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten. Ihre Überschreitung gefährdet langfristig sämtliche menschlichen Lebensgrundlagen (Rockström et al. 2009). Gleichzeitig sind sozialer Zusammenhalt und demokratische Teilhabe Voraussetzungen für politische Legitimität und für gesellschaftliche Resilienz (WBGU 2011).

Ökonomische Ziele bleiben nach wie vor zentral für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sie müssen jedoch stärker als bislang um soziale und ökologische Zielsetzungen ergänzt werden. Daraus ergeben sich vier zentrale Handlungsfelder für eine transformative Strukturpolitik (Abbildung 6):

Handlungsfeld 1: Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

Intakte Ökosysteme bilden die Grundlage für langfristigen Wohlstand und sozialen Frieden. Der Klimawandel und der Verlust biologischer Vielfalt gefährden diese Systeme, erhöhen das Risiko extremer Naturereignisse und schwächen damit die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit – etwa in der Landwirtschaft, im Tourismus oder bei der Rohstoffversorgung. Auch wirtschaftliche und öffentliche Infrastruktur ist gefährdet. Strukturförderung muss daher den Schutz und die Wiederherstellung natürlicher Lebensgrundlagen aktiv unterstützen, um eine zukunftsfähige Entwicklung, auch für nachfolgende Generationen, zu sichern.

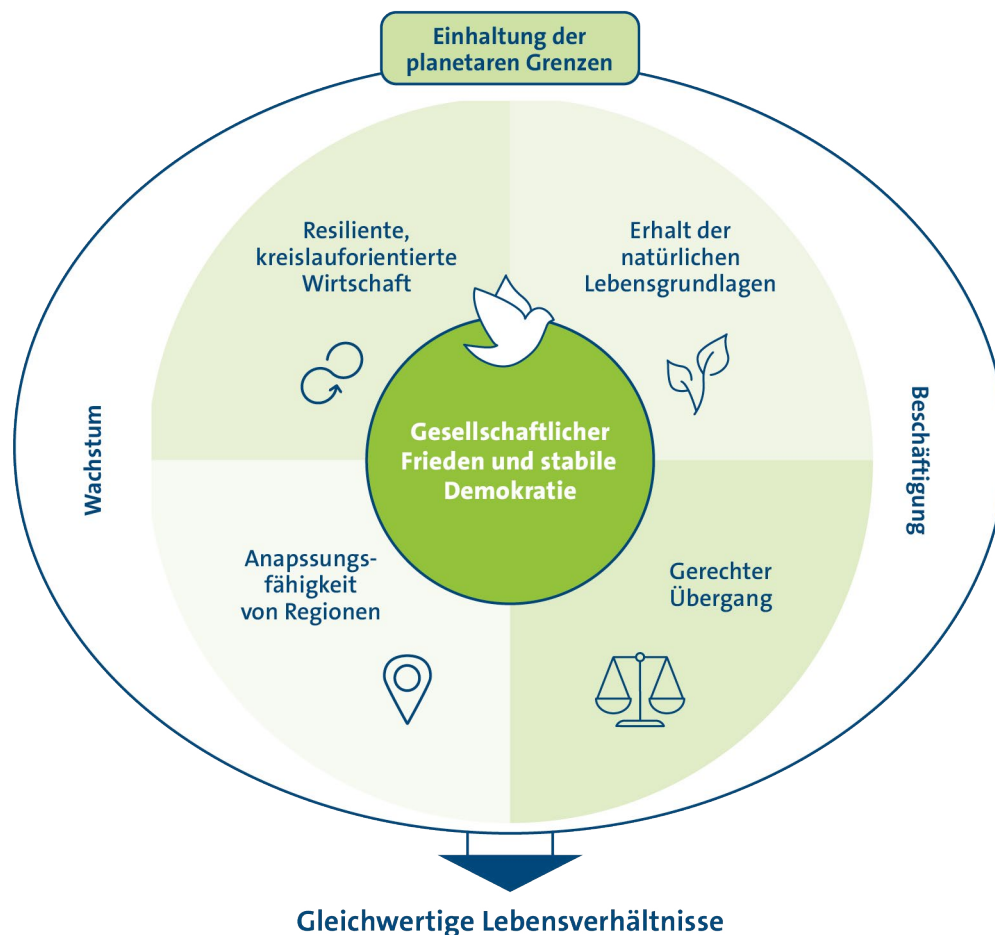
Handlungsfeld 2: Gerechter Übergang

Die sozial-ökologische Transformation darf soziale Ungleichheiten nicht weiter verschärfen, sondern trägt bestenfalls dazu bei, sie zu reduzieren. Ziel ist ein gerechter Wandel, der alle Menschen, unabhängig von sozialer Lage oder regionaler Herkunft, einbezieht. Dazu gehören die Sicherung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze mit angemessenem Einkommen, soziale Infrastruktur, Partizipation an politischen Prozessen, Teilhabe am öffentlichen Leben oder das Recht auf Zugang zu sauberer Luft, sauberem Wasser und Naturflächen. Auch der Zugang zu bezahlbarer emissionsarmer Mobilität und Wohnumgebung gehört zu einem gerechten Übergang dazu. Strukturpolitik muss diese soziale Dimension aktiv mitgestalten.

Handlungsfeld 3: Anpassungsfähigkeit von Regionen

Regionale Krisenresilienz wird angesichts wiederkehrender Instabilitäten zum Standortfaktor. Dazu braucht es diversifizierte Wirtschaftsstrukturen, regionale Stoffkreisläufe, klimaresiliente Infrastrukturen und starke Netzwerke. Sie

Abbildung 6 Ein neues Zielsystem für gleichwertige Lebensverhältnisse durch eine transformativ ausgerichtete Strukturpolitik



Quelle: Eigene Darstellung.

verbessern die Flexibilität und Fähigkeit, mit unvorhergesehenen Ereignissen umzugehen. Ein vielfältiger Unternehmensbestand, regionale Wertschöpfungsketten und klimaangepasste Infrastrukturen sind wesentliche Hebel, um die Krisenanfälligkeit zu verringern. Eine zukunftsfähige Strukturpolitik stärkt diese Voraussetzungen gezielt.

Handlungsfeld 4:

Resiliente und kreislaufforientierte Wirtschaft

Ressourceneffizienz wird zum wichtigen Wettbewerbsvorteil angesichts knapper Ressourcen, deren Verfügbarkeit zum politischen Druckmittel gemacht werden kann. Eine primär auf Kreisläufe ausgerichtete Wirtschaft reduziert Abhängigkeiten, erhöht die Krisenfestigkeit und kann zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Strukturpolitik sollte die notwendigen unternehmerischen Anpassungsprozesse durch innovationsfördernde Rahmenbedingungen aktiv unterstützen.

4.2 Grundlagen schaffen:

Vier Eckpfeiler für eine zukunftsfähige Förderung

Neben neuen Zielen braucht eine transformative Strukturpolitik auch passende Strukturen. Viele Anpassungen wurden bereits in früheren Reformprozessen angestoßen, jedoch nur punktuell oder inkohärent umgesetzt. Um die Herausforderungen der Transformation wirksam zu bewältigen, sind vier zentrale Eckpfeiler entscheidend:

1. Strukturpolitik präventiv ausrichten:

Alle Regionen sind förderfähig

Strukturpolitik darf nicht länger nur auf bestehende Probleme reagieren – sie muss vorausschauend handeln. Das bedeutet: potenzielle Strukturbrüche frühzeitig erkennen und präventiv gegensteuern. Dafür braucht es ein belastbares Monitoring-System, das Regionen mit hohem Transformationsdruck sichtbar macht, unabhängig von ihrer aktuellen Wirtschaftslage (Gärtner 2023; Lichtblau et al. 2022; Posch und Südekum). Notwendige Voraussetzung: Alle Regionen sollen grundsätzlich förderfähig sein. Transformationsbedarfe treten universell auf, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Die Höhe der Förderung soll sich dabei an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Regionen orientieren, wie es etwa die EU-Kohäsionspolitik vorsieht.

Eine präventiv ausgerichtete Strukturpolitik stärkt Regionen nicht erst im Nachgang struktureller Krisen, sondern ermöglicht frühzeitige strategische Anpassungen und rechtzeitiges Gegensteuern.

2. Strukturschwäche umfassend messen und Förderbereiche daran ausrichten

Ein zentrales Problem der bisherigen Strukturpolitik liegt in der mangelnden Kohärenz zwischen Zielen und Indikatorik. Während Förderstrategien vielfach weiterentwickelt wurden, blieb die Definition und Messung von Strukturschwäche auf klassische ökonomische Indikatoren beschränkt. Diese Lücke verhindert gezielte Steuerung und schränkt die strategische Wirksamkeit ein. Fördermaßnahmen können nur wirksam sein, wenn sie an spezifische Schwächen oder Entwicklungspotenziale einer Region anknüpfen.

Eine transformative Strukturpolitik muss daher auf einem differenzierten Indikatorensystem aufbauen, das gleichwertige Lebensverhältnisse mehrdimensional erfasst: ökonomisch, ökologisch und sozial. In [Tabelle 2 \(S. 30\)](#) werden erste Ideen für eine solche Indikatorik skizziert. Auch der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung listet ein Set an entsprechenden Indikatoren auf (BMWK 2024b, S. 11). Die mit diesen Parametern ermittelte Strukturschwäche bildet die Voraussetzung zur Ableitung von Fördermaßnahmen. Die Förderung erfolgt dann anhand regionaler Förderstrategien nur in den Bereichen, in denen ein konkreter, belegter Bedarf besteht. Gleichzeitig bildet ein solches Indikatorensystem mitsamt einem entsprechenden Monitoring die Grundlage für die evidenzbasierte Weiterentwicklung der Programme.

3. Regionale Förderstrategien partizipativ erstellen

Regionen brauchen auf ihre jeweiligen Ausgangsbedingungen zugeschnittene Förderstrategien, die von regionalen Akteuren mitentwickelt werden (König et al. 2023). Auf Ebene der Bundesländer sollten regionale Förderstrategien entwickelt werden, in enger Abstimmung den jeweiligen Förderregionen.¹ Der Ausgangspunkt und der Rahmen für die regionalen Förderstrategie ist das Indikatorensystem. Die Förderstrategie richtet sich auf die Bereiche, in denen Nachholbedarf besteht, und legt für diese Bereiche Fördermaßnahmen und -programme fest.

Diese Strategieentwicklung muss partizipativ stattfinden. Die zivilgesellschaftliche Beteiligung darf dabei nicht auf symbolische Formate beschränkt bleiben. Zwar existieren

¹ Operativ kann dies zum Beispiel auf Ebene der NUTS2-Regionen stattfinden, in Deutschland wären das die Regierungsbezirke bzw. in manchen Fällen die Bundesländer direkt.

Tabelle 2 Vier Handlungsfelder transformativer Strukturpolitik und eine Auswahl beispielhafter Indikatoren

Die Indikatoren haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern dienen der Illustration möglicher Indikatoren zur Feststellung eines umfassenden Verständnisses von Strukturschwäche.

Handlungsfeld	Teilbereich	Indikatoren
Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen	Umweltbelastung	• Lärm- und Luftqualitätsindex • Verlust an Freiraumfläche pro Einwohner:in • Bodenbelastung durch Altlasten oder Stoffeinträge
Gerechter Übergang	Gesellschaftliche Teilhabe	• Wahlbeteiligung bei regionalen Wahlen • Bevölkerungsanteil ohne deutsche Staatsbürgerschaft • Ehrenamtsquote • Anteil der Betriebe mit Betriebsrat
	Soziale Infrastruktur	• Ärztedichte • Verfügbarkeit von Kita-Plätzen • Durchschnittliche Entfernung zu kulturellen Einrichtungen
	Bildung und Qualifikation	• Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss • Ausbildungsquote
	Nachhaltige Mobilität und Energieversorgung	• Modal Split (Anteil Umweltverbund) • Anzahl öffentlicher E-Ladestationen pro Einwohner:in • Erreichbarkeit zentraler Orte mit dem ÖPNV • Regionaler Anteil von Gebäuden mit Energieeffizienzklassen A-C • Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung im Kreis
Anpassungsfähigkeit von Regionen	CO ₂ -Abhängigkeit	• CO₂-Emissionen pro Euro Wirtschaftsleistung • Anteil fossiler Energieträger an der Wertschöpfung • Anteil der Beschäftigten in transformationsbetroffenen Industrien
	Klimaanpassung und Resilienz	• Hochwasser- und Hitzerisikokarten • Bodenversiegelungsgrad oder Anteil entsiegelter Flächen pro Jahr (IÖR-Monitor)
Resiliente, kreislauffähige Wirtschaft	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	• Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätigen • Infrastrukturausstattung • Investitionsquote der Unternehmen • Unternehmensgründungen pro Jahr • kommunale Schuldenquote pro Einwohner:in
	Arbeitsmarkt	• Arbeitslosenquote • Anteil atypischer Beschäftigung (z. B. Leiharbeit, Befristungen, Niedriglöhne) • Tarifbindungsquote in der Region
	Innovationsfähigkeit	• Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP • Patentanmeldungen pro Jahr
	Flexibilität des wirtschaftlichen Systems	• Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) • Branchenmix (Vielfalt der regionalen Wirtschaftsstruktur)

Quelle: Eigene Darstellung.

durchaus Begleitausschüsse oder Arbeitskreise, sie sind jedoch oft nur befristet, unverbindlich oder nicht ausreichend mit Ressourcen ausgestattet (Hennicke 2021, S. 14 f.; Gerlach und Hübner 2023; Revierwende 2025). Besonders Gewerkschaften und Umweltverbänden nehmen diese Aufgaben zusätzlich zu ihren Kernaufgaben wahr und brauchen finanzielle und organisatorische Ressourcen, um echte Beteiligung umzusetzen (Stiftung Arbeit und Umwelt 2018; BUND 2024). Eine transformative Strukturpolitik muss zivilgesellschaftliche Organisationen, Umwelt- und Sozialverbände sowie die Sozialpartner systematisch und verbindlich auf allen Ebenen einbeziehen.

4. Effektivität erhöhen: Förderinstrumente bündeln und strategisch ausrichten

Das bestehende Fördersystem ist stark fragmentiert. Zahlreiche Einzelprogramme mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, Laufzeiten und Förderkulissen führen zu Intransparenz, Redundanzen und einem ineffizienten Mitteleinsatz. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Regionen, und damit ihr finanzieller Bedarf. Dies betrifft nicht nur klassische Strukturschwächeregionen, sondern zunehmend auch diejenigen, die neu unter Druck geraten.

Um vorhandene Mittel effizienter zu nutzen, müssen Synergien genutzt werden. Eine stärkere Verzahnung vorhandener Fördersysteme, etwa zwischen der GRW und den EU-Strukturfonds können den Verwaltungsaufwand reduzieren und den Zugang für Antragstellende erleichtern.² Gleichzeitig entsteht so ein strategischer Gesamtblick auf die Transformation, der sektorale Silos überwindet.

Ein wichtiger Aspekt für erfolgreiche Strukturpolitik ist außerdem, dass die Implementierung der Förderung erfolgreich verläuft. Dazu sollten die Fördermittel den Regionen langfristig zu Verfügung stehen und nicht an starre Förderperioden gebunden sein. Die Effektivität der Förderung leidet darunter. Während die Verwaltung das Ziel hat, Mittelabflüsse sicherzustellen, haben Antragsteller in wenig etablierten Bereichen oft nicht die Ressourcen und Fähigkeiten, Fördermittel einzuwerben. Damit entsteht eine Verzerrung zu Lasten neuer und innovativer Ansätze, der man mit festgelegten Quoten für bestimmte Förderbereiche (beispielsweise Demokratieförderung) entgegenwirken könnte. Das Ziel muss ein integriertes Fördermodell sein, das die Förderpolitik steuerungsfähig im Hinblick auf die festgelegten Ziele macht.

Die skizzierten Herausforderungen zeigen aber auch, dass die Förderung ausgeweitet werden muss, um die Förderbedarfe in allen Regionen zu decken. Nicht zuletzt Kostensteigerungen der jüngeren Vergangenheit haben neben den relativ steigenden Bedarfen durch neue Transformationsanforderungen auch die absoluten Investitionskosten stark steigen lassen. Dies wurde in den vergangenen Jahren nicht adäquat in den zur Verfügung stehenden Mitteln abgebildet und zeigt den dringenden Handlungsbedarf bei der Finanzierung der Strukturförderung.

4.3 Strukturen zusammenführen: Der Weg zu einem integrierten Fördersystem

Die Umsetzung einer transformativen Strukturpolitik erfordert einen klaren institutionellen Rahmen. Es ist wichtig, dass die bisher fragmentierten und teils parallelen Fördersysteme konzeptionell wie administrativ zu einem integrierten Strukturfördersystem weiterentwickelt werden.

Ein möglicher Weg führt über ein zweistufiges Modell, das vorhandene Strukturen nutzt, aber konsequent auf Transformation ausgerichtet ist ([Abbildung 7, S. 33](#)):

Schritt 1: Mittelverteilung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

Im ersten Schritt erfolgt die Zuweisung von Strukturförderungsmitteln an die Bundesländer anhand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer NUTS2-Regionen (i. d. R. Bundesländer oder Regierungsbezirke).³ Dieses Modell knüpft an die bewährte Praxis der EU-Strukturfonds an. Damit wird verankert, dass alle Regionen grundsätzlich förderfähig sind, die Förderintensität der Regionen jedoch an den konkreten ökonomischen Entwicklungsstand angepasst wird.

Dieser Mechanismus trägt dem Umstand Rechnung, dass Strukturwandel heute kein isoliertes Phänomen einzelner „Problemregionen“ mehr ist, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Gleichzeitig bleibt die Förderpolitik zielgerichtet: Mittel werden dort konzentriert, wo sie besonders benötigt werden.

² Darüber hinaus gibt es das Potenzial, weitere Finanzflüsse zwischen Bund, Ländern und Kommunen besser aufeinander abzustimmen und stärker an Regionalindikatoren auszurichten, wie Grundke und Sunel (2025) vorschlagen.

³ Im Rahmen des Gesamtdeutschen Fördersystems ist sinnvoll, dass die Bundesebene weiterhin in bestimmten Fragen bundesweiter Bedeutung eigene Förderprogramme umsetzt und dafür auch direkt Mittel zur Verfügung hat. Die Förderquoten sollten sich aber ebenfalls konsequent an der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Region orientieren.

Schritt 2: Regionale Förderstrategien als Grundlage für die Mittelverwendung

Im zweiten Schritt entwickeln die Bundesländer gemeinsam mit den betroffenen Regionen spezifische Förderstrategien. Diese Strategien gehen von der für die jeweilige Region festgestellten Strukturschwäche aus. Grundlage ist eine fundierte Analyse der regionalen Ausgangslage auf der Basis eines Indikatorensystems, das wirtschaftliche, soziale und ökologische Kriterien integriert. Förderung kann in den Bereichen stattfinden, die in der Region Nachholbedarf haben. Dabei orientieren sie sich an den vier Handlungsfeldern transformativer Strukturpolitik (vgl. [Abschnitt 4.1., S. 27](#)).

Die Förderstrategien haben dabei eine doppelte Funktion. Sie legen Prioritäten für die Mittelverwendung fest und sind der Rahmen für eine wirkungsorientierte Politikgestaltung. Sie ermöglichen es Regionen, ein eigenes Zielbild für die regionale Entwicklung festzulegen. In diesem

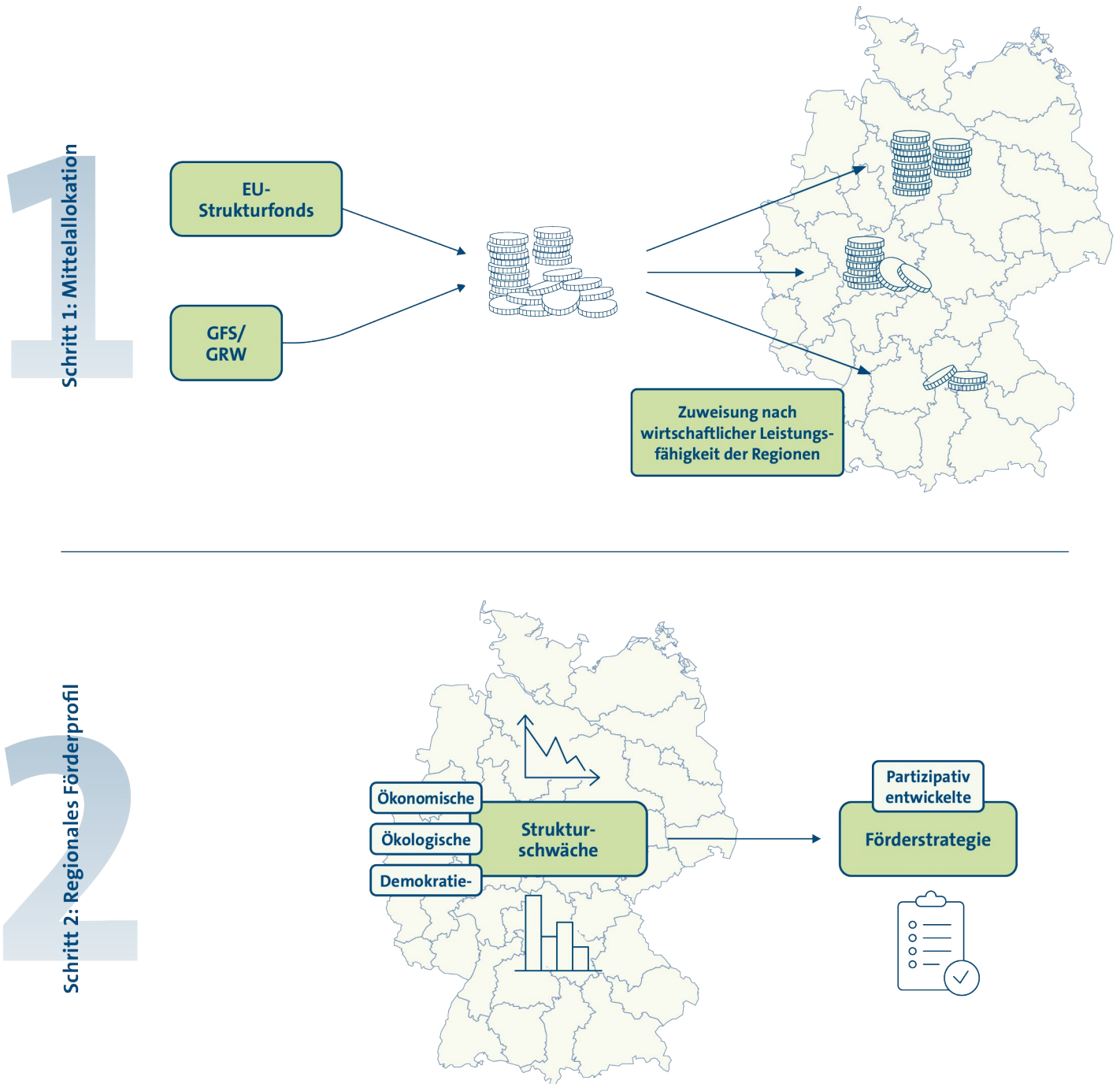
Rahmen können sie ausgehend von eigenen Stärken und Herausforderungen Maßnahmen entwickeln im Einklang mit übergeordneten Zielen und den über die Indikatorik identifizierten Strukturschwächen. Die Voraussetzung für die Akzeptanz ist dabei Beteiligung. In die Entwicklung der regionalen Förderstrategien müssen relevante Akteure eingebunden werden: die Sozialpartner, Umweltverbände, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Fachleute aus der Wissenschaft. Mit dieser demokratischen Absicherung kann auch bei Zielkonflikten, die sicher auftreten werden, nachvollziehbar entschieden werden.

Ein solcher zweistufiger Umsetzungsprozess, eine zentrale Mittelverteilung gekoppelt mit dezentraler Strategieentwicklung, schafft eine Balance zwischen überregionaler Steuerung und regionaler Gestaltungshoheit. Gleichzeitig wird die Strukturförderung zielgerichteter, transparenter und anschlussfähiger an übergeordnete Transformationsziele ([Abbildung 7](#)).



Abbildung 7 In zwei Schritten zum regionalisierten Förderprogramm

Darstellung der zwei Schritte zu einem integrierten Fördersystem: Mittel der EU-Kohäsionspolitik und des Gesamtdeutschen Fördersystems werden integriert genutzt. Im ersten Schritt erhalten die Förderregionen (NUTS2-Ebene) Mittel abhängig von ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit. Im zweiten Schritt werden regionsspezifische Förderprofile entwickelt, die sich an festen Indikatoren für gleichwertige Lebensverhältnisse orientieren. Passend zu den identifizierten Schwächen werden regionale Förderstrategien entwickelt unter Beteiligung regionaler Stakeholder.



Quelle: Eigene Darstellung.

5

Fazit: Strukturpolitik strategisch erneuern

Die regionalen Herausforderungen in Deutschland nehmen zu, ob ökonomisch, ökologisch oder in Bezug auf Demokratie und Teilhabe. In dieser Lage reicht es nicht, Strukturpolitik lediglich als reaktives Mittel zur Linderung wirtschaftlicher Defizite zu betrachten. Vielmehr entscheiden eine resiliente Ökonomie, ökologische Stabilität und demokratische Teilhabe gleichermaßen über die Zukunftsfähigkeit von Regionen. Gleichwertige Lebensverhältnisse als übergeordnetes Ziel von Strukturpolitik lassen sich nur integriert über diese verschiedenen Teilaspekte verstehen. Die Strukturförderung muss sich daher zu einem strategischen Steuerungsinstrument für einen gerechten Wandel weiterentwickeln, das Veränderungen gezielt und proaktiv begleitet.

Ein zukunftsfähiges Verständnis gleichwertiger Lebensverhältnisse muss transformationsorientiert sein. Es geht nicht primär darum, bestehende Lebensrealitäten zu sichern, sondern um die Fähigkeit, den Wandel aktiv zu gestalten – unter ökonomisch fairen, demokratischen und ökologisch tragfähigen Bedingungen. Gleichwertigkeit bedeutet: Alle Regionen müssen die realistische Chance haben, auch unter veränderten Rahmenbedingungen lebenswert, wirtschaftlich erfolgreich und gesellschaftlich stabil zu bleiben. Dafür muss sich die Strukturpolitik entlang ökologischer, demokratischer und zukunftsgerichteter wirtschaftlicher Kriterien weiterentwickeln.

Gleichwertigkeit bedeutet neben Wachstum und Beschäftigung auch den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, demokratischer Teilhabe, einer lebenswerten Umwelt und nachhaltiger Infrastruktur. Historische Entwicklungen der ökonomischen Strukturen und frühere Umbrucherfahrungen, aber auch geografische oder topologische Gegebenheiten wirken sich regional sehr unterschiedlich aus und sorgen für eine ungleiche Lastenverteilung. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb Regionen unter Druck geraten, beispielsweise Alterung der Gesellschaft, Dekarbonisierungsanforderungen, Klimaveränderungen, Häufung von Extremwetterereignissen oder soziale Desintegration. Um diese Dimensionen zu

berücksichtigen, muss sich das bisherige Verständnis von Strukturschwäche verändern. Klassische Indikatoren wie Arbeitslosenquote oder BIP greifen angesichts komplexer Transformationsprozesse zu kurz – sie müssen um Indikatoren ergänzt werden, die ein umfassenderes Verständnis von Gleichwertigkeit im Auge behalten. Das zeigen nicht nur die aktuellen Krisen, sondern auch wissenschaftliche Befunde und politische Analysen, wie jüngst der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (BMWK 2024b).

Zugleich steigt angesichts der wachsenden Herausforderungen der Druck, Fördergelder wirksam und zielgerichtet einzusetzen. Es wird nicht möglich sein, alles und überall zu fördern, aber jede Region muss in ihrem spezifischen Bedarf unterstützt werden können. Dafür braucht es eine deutlichere Ausrichtung der Strukturförderung, die die ökonomische Perspektive in den Fokus stellt und diese an ökologischer Tragfähigkeit und gesellschaftlicher Resilienz orientiert. Das bedingt eine Indikatorik, die die ökonomischen, sozialen und ökologischen Faktoren systematisch erfasst. Zudem sind regionale Förderstrategien erforderlich, die kontextgenau entwickelt, dezentral gesteuert und durch Beteiligung lokaler Akteure demokratisch abgesichert werden.

Strukturpolitik darf nicht von akuten Krisen abhängig sein, sondern braucht langfristige Leitlinien und institutionelle Stabilität. Ihre Aufgabe ist es, Regionen nicht nur zu erhalten, sondern sie auch auf künftige Herausforderungen vorzubereiten. Als demokratiepolitisches Instrument kann sie Vertrauen schaffen, soziale Polarisierung abbauen und somit zur Stabilität des Gemeinwesens beitragen.

Der gesellschaftliche Wandel ist kein Ausnahmezustand, sondern der neue Normalfall. Eine zukunftsfähige Strukturpolitik muss ihn gestalten, ihm nicht hinterherlaufen. So kann sie zu einem Hebel werden: für nachhaltigen Wohlstand, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine demokratische Transformation innerhalb der planetaren Grenzen.

6

Literaturverzeichnis

Albrech, J., Fink, P. & Tiemann, H. (2016). Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015. <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/12390.pdf>

Alm, B. & Weyh, A. (2025). Fördergebiete neu abgrenzen: Für eine proaktivere Regionalpolitik. *Wirtschaftsdienst*, 105(6), 407–413. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2025/heft/6/beitrag/foerdergebiete-neu-abgrenzen-fuer-eine-proaktivere-regionalpolitik.html>

Bach, S., Engelhardt, R., Felder, L., Haan, P. & Schmacker, R. (2025). Regionalisiertes Klimageld entlastet Haushalte in ländlichen Räumen, Problem der Härtefälle bleibt. *DIW Wochenbericht*, 92(27/28), 421–433. https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-27-2

Bartels, R. & Ziegler, A. (2006). Mitbestimmte Unternehmensförderung. *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)*. https://www.boeckler.de/data/wsimit_2006_03_bartels.pdf

Baues, C., Rosenfeld, J., Bitter-Krahe, J., Knieling, J., Klenke, L., van Bebber, F., Pusch, C. & Link, M. (2024). Transformative Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen: Konzeptioneller Ansatz: Projektbericht TSP.NRW. https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/8716/file/8716_Strukturpolitik.pdf

Becker, L., Stöver, B., Krieger, B., Saleh, F. & Meißner, L. (2025). Nachfrage- und Beschäftigungseffekte der doppelten Transformation. Literaturstudie zu den ökonomischen Wirkungen von Digitalisierung und Energiewende. Herausgegeben vom Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/01_2025_uib.pdf

Becker, P. (2025). Die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik. Stiftung Wissenschaft und Politik. https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S05_ZukunftEuropaeischeKohaesionspolitik.pdf

Bergmann, K., Diermeier, M. & Kempermann, H. (2025). AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen. *IW-Kurzbericht* (62). https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/IW-Kurzbericht_2025-AfD-Transformationsregionen.pdf

Biermann, N. & Weber, R. (2025). Mehr gesellschaftliche Stabilität durch eine neue und transformative Strukturpolitik. *Wirtschaftsdienst* 105(12): 886–893. <https://doi.org/10.2478/wd-2025-0227>

Bispinck, R. (2020). Tarifpolitik in Ostdeutschland 1990–2020: Ein Rückblick auf zentrale Entwicklungen, Konflikte und Ergebnisse (Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 88). *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)*. <https://hdl.handle.net/10419/226166>

Boehnke, K., Dragolov, G., Arant, R. & Unzicker, K. (2024). Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023: Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2023>

Boschma, R. (2015). Towards an Evolutionary Perspective on Regional Resilience. *Regional Studies*, 49(5), 733–751. <https://doi.org/10.1080/00343404.2014.959481>

Bose, S., Dörre, K., Köster, J. & Lütten, J. (2020). Nach der Kohle II: Konflikte um Energie und regionale Entwicklung in der Lausitz (Studien Nr. 12). Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_12-20_Nach_der_Kohle2.pdf

Bouzarovski, S. & Simcock, N. (2017). Spatializing energy justice. *Energy Policy* 107:640–48. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2017.03.064>

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (Hrsg.). (2024). Die zukünftige EU-Strukturpolitik muss transformativ sein: Vorschläge des BUND für eine nachhaltige Gestaltung der EU-Kohäsionspolitik 2028–2034. https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/klimawandel/strukturpolitik-eu-zukunft-transformation-kohaesionspolitik-bund.pdf

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). (2024). Europäischer Sozialfonds (ESF). <https://www.bmas.de/DE/Europa-und-die-Welt/Europaeische-Fonds/Europaeischer-Sozialfonds/europaeischer-sozialfonds.html>

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMRBS). (1974). Raumordnungsprogramm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebiets (Bundesraumordnungsprogramm): Entwurf in der Fassung des Beschlusses der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 25. Juli 1974. <https://orlis.difu.de/handle/difu/447491>

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). (2021). Erster Bericht der Bundesregierung zum Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen: Bestandsaufnahme und Fortschrittsbericht der regionalen Strukturförderung in Deutschland. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/erster-bericht-der-bundesregierung-zum-gesamtdeutschen-foerdersystem-fuer-strukturschwache-regionen-1889548>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (o.J.). Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/gemeinschaftsaufgabe-verbesserung-der-regionalen-wirtschaftsstruktur.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (o.J.). Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 01. Januar 2024. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/koordinierungsrahmen-gemeinschaftsaufgabe-verbesserung-regionale-wirtschaftsstruktur.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2022). Partnerschaftsvereinbarung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Kommission für die Umsetzung der Strukturfonds gemäß Dachverordnung EU 2021/1060 für die Förderperiode 2021–2027. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/Partnerschaftsvereinbarung%20DEU-EU-KOM%20zur%20FP%202021-2027.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2023). Für eine starke Wirtschaft vor Ort: Umfassende Reform der GRW beschlossen. Schlaglichter Wirtschaftspolitik (01), 10–14. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter/2023/01/04-fuer-eine-starke-wirtschaft-vor-ort-download.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2024a). Gleichwertigkeitsbericht 2024: Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/gleichwertigkeitsbericht-2024-2296688>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2024b). Bericht der Bundesregierung zum Umsetzungsstand des Investitionsgesetzes Kohleregionen 2024. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/B/20241118-breg-bericht-invkg-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2025a). Bericht der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des „Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen“. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/bericht-gesamtdeutsches-foerdersystem-fuer-strukturschwache-regionen.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2025b). EU-Kohäsions- und Strukturpolitik. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Europa/eu-kohaesions-und-strukturpolitik.html#A3>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2025c). EU-Kohäsions- und Strukturpolitik. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Europa/eu-kohaesions-und-strukturpolitik.html#A3>

Claßen, T., Heiler, A., Brei, B. & Hornberg, C. (2011). Stadtgrün und Gesundheit: Ein Beitrag zur Debatte um soziale und räumliche Ungleichheit. Umwelt und Mensch – Informationsdienst (UMID) (2), 100–104. <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2910543>

D'Antonio, O. (2017). Stadt, Land, Partei – neue Asymmetrien im Parteienwettbewerb? In S. Bukow & U. Jun (Hrsg.), *Parteien unter Wettbewerbsdruck* (S. 123–150). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16600-7_6

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.). (2024). Positionspapier zur Aufstellung eines nationalen Aktionsplans im Rahmen der Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie. https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/2024_05_27_Positionspapier_Aktionsplan_final.pdf

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB). (2025). Gewerkschaftliche Anforderungen an eine europäische Industriepolitik: Positionspapier. https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/DGB-Positionspapier_Europ%C3%A4ische_Industriepolitik_final.pdf

Diermeier, M. (2020). Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(4), 539–568. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00239-y>

Draxler, C. (2019). Grün, Gesund Greifbar – Der Einfluss urbaner Grünflächen auf die Lebensqualität und Gesundheit der StadtbewohnerInnen am Beispiel des green.LABs im Grazer Smart City Gebiet [Masterarbeit]. Universität Graz, Graz. <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/4708795>

Europäische Kommission. (2021). Available budget of Cohesion Policy 2021–2027. https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/available-budget_en

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 174 127 (2008). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:12008E174>

Europäisches Parlament (Hrsg.). (2025). Fonds für einen gerechten Übergang. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/214/fonds-fur-einen-gerechten-ubergang>

Fitzenberger, B. & Kagerl, C. (2025). Arbeitsmarkt im Wandel: Deutschland muss die Transformation annehmen, um seine Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2025/fb1225.pdf>

Gärtner, S. (2023). Die ökologische Wende der regionalen Strukturpolitik. In K. Koschatzky & T. Stahlecker (Hrsg.), *ISI-Schriftenreihe „Innovationspotenziale“*. Nachhaltige Transformation und resilienter Strukturwandel in Regionen (S. 27–42). Fraunhofer Verlag. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/317878/1/vaw-2024-1439010.pdf>

Gerlach, F. & Hübner, S. (2023). Chancen und Hindernisse für eine an den Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgerichteten Förderpolitik: Gute Arbeit in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. https://www.dcm-bestellportal.de/dgb/downloads/DGB-0548_GRW.pdf

Gold, R. & Lehr, J. (2024). Paying Off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior: Working Paper (Nr. 2266). <https://www.ifw-kiel.de/publications/paying-off-populism-how-regional-policies-affect-voting-behavior-32685/>

Grimm, V., Malmendier, U., Schnitzer, M., Truger, A. & Werding, M. (2025). Frühjahrsgutachten 2025. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/fg2025/FG2025_Gesamtausgabe.pdf#page=263

Grundke, R. & Sunel, E. (2025). In Zeiten des Strukturwandels Regionen in Deutschland besser fördern. *Wirtschaftsdienst*, 105(6), 400–406. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2025/heft/6/beitrag/in-zeiten-des-strukturwandels-regionen-in-deutschland-besser-foerdern.html>

Heddesheimer, V., Hilbig, H. & Wiedemann, A. (2024). Place-Based Policies, Local Responses, and Electoral Behavior. Princeton University. <https://doi.org/10.31235/osf.io/6h8cq>

Heider, B., Novack, T., Scheunert, P. & Scholz, B. (2025). Anti-demokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/22242.pdf>

Heider, B., Scholz, B., Siedentop, S., Radzyk, J., Rönsch, J. & Weck, S. (2023). Ungleiches Deutschland: Sozioökonomische Disparitäten 2023 – Wissenschaftlicher Hintergrundbericht. <https://www.fes.de/ungleiches-deutschland>

Heikonnen, H., Listl, N. & Reuter, A. (2025). Mapping the impact of industrial decline on European regions (Single Market Economics Briefs Nr. 16). European Commission. <https://doi.org/10.2873/0801182>

Heinze, A.-S., Jun, U. & Oppelland, T. (Hrsg.). (2025). Regionale Vielfalt? Neue Trends subnationaler Parteiensysteme in Deutschland. Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-46156-0>

Hennicke, M. (2021). Präventive Strukturpolitik und regionale Transformationsprozesse: Ein Diskussionspapier zum Stand in Wissenschaft und Praxis. <https://www.dcm-bestellportal.de/dgb/downloads/DGB-0308.pdf>

Hohendanner, C. & Kohaut, S. (2025). Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung: keine Trendwende in Sicht. IAB-Forum. <https://iab-forum.de/tarifbindung-und-betriebliche-mitbestimmung-keine-trendwende-in-sicht/>

IW Consult (2023). Transformationsregionen in Deutschland: Auszüge aus der Studie für N3tzwerk Zukunft der Industrie und Automotive-Befragungen. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Regionale Transformation gestalten. Jahrestagung 2023, Rostock.

König, J., Willwacher, H., Ziemer, T., Feller, Z., Piesker, A., Delargy, C., Ziekow, J., Suwala, L., Albers, H.-H. & Merkel, J. (2023). Gleichwertige Lebensverhältnisse: Passgenaue Maßnahmen Zur Entwicklung Strukturschwacher Regionen. Springer. <https://ebook-central.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=30965587>

Korkman, S. (2005). Structural Policies. In S. Korkman (Hrsg.), Economic policy in the European Union (S. 125–145). Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1057/9780230511293_7

Kumagai, S. & Iorio, F. (2020). Building Trust in Government through Citizen Engagement. <https://doi.org/10.1596/33346>

Lämmer-Gamp, T., Rhode, O., Söllner, C., Rieß, C., Zettel, C., Werk, A., Kramer, J.-P., Bornemann Holger, Fuhs, V., Schmidt, F., Rautenberg, R., Sauerborn, K., Böhme, K. & Heimes, V. (11/2024). Governance und Umsetzung der europäischen Strukturfonds mit Blick auf ihre Neuausrichtung nach 2027: Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Abschlussbericht. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Europa/governance-und-umsetzung-der-europaischen-strukturfonds-mit-blick-auf-ihre-neuausrichtung-nach-2027.pdf?__blob=publicationFile&v=14

Latham, A. & Layton, J. (2022). Social infrastructure: why it matters and how urban geographers might study it. Urban Geography, 43(5), 659–668. <https://doi.org/10.1080/02723638.2021.2003609>

Lechleitner, M. (2018). Gleichwertige Lebensverhältnisse. Teil 1: Begriff und Staatsziel. Landtag Brandenburg, Parlamentarischer Beratungsdienst. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168ssoar-61020-0>

Lichtblau, K., Ewald, J., Lang, T., Schroeder, W. & Buhr, D. (2022). Transformationsstrategien für besonders betroffene Regionen: Identifizierung und Bewertung: Studie für das Netzwerk Zukunft der Industrie. IW Consult. https://buendnis-zukunft-der-industrie.de/wp-content/uploads/2024/12/20221221_Studie_Endbericht_Transformationsnetzwerke.pdf

Lübker, M. & Schulten, T. (2024). Tarifbindung in den Bundesländern: Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten (Analysen zur Tarifpolitik Nr. 103). Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI). <https://www.econstor.eu/handle/10419/300003>

- Manow, P. (2022).** Populismus – in Ost und West. Eine Datenanalyse. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/340579/populismus-in-ost-und-west-eine-datenanalyse/>
- Maretzke, S. (2022).** Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse: Herausforderungen im Spiegel der Raumordnungsprognose 2050. Informationen zur Raumentwicklung, 2022(2), 132–151. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/izr/2022/3/downloads/13-maretzke.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- Maretzke, S., Ragnitz, J. & Untiedt, G. (2019).** Betrachtung und Analyse von Regionalindikatoren zur Vorbereitung des GRW-Fördergebietes ab 2021 (Raumbetrachtung): Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). ifo Dresden Studien: 83 (2019). ifo Institut.
- Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2024).** Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. <https://d-nb.info/1371436142>
- Mazzucato, M. (2021).** Mission economy: A moonshot guide to changing capitalism. Allen Lane. <https://marianamazzucato.com/books/mission-economy/>
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein (MAGS NRW). (o.J.).** Just Transition Fund 2021–2027: Grundlagen und Basisinformationen zum Just Transition Fund in Nordrhein-Westfalen 2021–2027. <https://mags.nrw/esf-2021-2027-just-transition-fund>
- Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE NRW). (2025).** Positivliste, bedingte Positivliste und Negativliste gemäß des GRW-Koordinierungsrahmens und dem Regionalen Wirtschaftsprogramm Nordrhein-Westfalen (NRW), Stand Juni 2025. https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/positivliste_bedingte-positivliste_negativliste-2024.pdf
- Muringani, J., Fitjar, R. D. & Rodríguez-Pose, A. (2024).** Political trust and economic development in European regions. The Annals of Regional Science, 73(4), 2059–2089. <https://doi.org/10.1007/s00168-024-01319-5>
- Niemann, H., Hoebel, J. & Laußmann, D. (2015).** Lärmbelästigung in Deutschland – Ausgewählte Ergebnisse der GEDA-Studie 2012. Umwelt und Mensch – Informationsdienst (UMID)(1), 20–24. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/laermbelastigung_20-24.pdf
- Patino, J. E., Martinez, L., Valencia, I. & Duque, J. C. (2023).** Happiness, life satisfaction, and the greenness of urban surroundings. Landscape and Urban Planning, 237, 104811. <https://doi.org/10.1016/j.landurbplan.2023.104811>
- Posch, D. & Südekum, J. (2024).** Regionale Disparitäten in der Transformation: Braucht es ein Update der deutschen Regionalpolitik? Wirtschaftsdienst, 104(7), 457–461. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/7/beitrag/regionale-disparitaeten-in-der-transformation-braucht-es-ein-update-der-deutschen-regionalpolitik.html>
- Putnam, R. D., Nanetti, R. Y. & Leonardi, R. (1994).** Making Democracy Work : Civic Traditions in Modern Italy. Princeton University Press.
- Rajani, N. B., Skianis, V. & Filippidis, F. T. (2019).** Association of environmental and sociodemographic factors with life satisfaction in 27 European countries. BMC public health, 19(1), 534. <https://doi.org/10.1186/s12889-019-6886-y>
- Revierwende. (2025).** Glück Auf! Zwischenbilanz aus vier Jahren REVIERWENDE: Den Strukturwandel zum Gelingen bringen. https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Brosch%C3%BCren_und_Flyer/Zwischenbilanz_aus_vier_Jahren_REVIERWENDE_%E2%80%93_Den_Strukturwandel_zum_Gelingen_bringen.pdf
- Rockström, J. et al. (2009).** Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. Ecology and Society, 14(2), 32. <https://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>
- Schäfer, A. (Hrsg.). (2023).** Wer fehlt an der Wahlurne? Sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20628.pdf>

Schaupp, S. (2021). Technopolitik von unten: Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung. Matthes & Seitz.

Schaupp, S. (2024). Stoffwechselfolitik: Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten. Suhrkamp.

Schneemann, C., Bernardt, F., Kalinowski, M., Maier, T., Zika, G. & Wolter, M. I. (2025). Auswirkungen des Strukturwandels auf die Arbeitsmarktregionen und Bundesländer in der langen Frist – Qualifikations- und Berufsprojektion bis 2040. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <https://doi.org/10.48720/IAB.FB.2503>

Schulz, F. & Trappmann, V. (2023). Erwartungen von Beschäftigten an die sozial-ökologische Transformation: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Klimawandel und Arbeitswelt. (Working Paper Forschungsförderung Nr. 308). https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008723

Siebert, J. & Buchstab, J. (2025). Die Unverzichtbaren: Menschen in Basisarbeit: Erkenntnisse für eine politische Auseinandersetzung mit ihren Perspektiven und Forderungen in der Transformationsgesellschaft. <https://doi.org/10.5281/zenodo.15590119>

Silva, J., Keulenaer, F. de & Johnstone, N. (2012). Environmental Quality and Life Satisfaction: Evidence based on Micro Data (OECD Environment Working Papers Nr. 44). <https://doi.org/10.1787/5k9cw678dlr0-en>

Sixtus, F., Slupina, M., Sütterlin, S., Amberger, J. & Klingholz, R. (2019). Teilhabeatlas Deutschland: Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen. https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_TeilhabeatlasDeutschland_2019.pdf

Stark, K., Kehlbach, A. & Mattioli, G. (2023). Mobilitätsarmut und soziale Teilhabe in Deutschland. Agora Verkehrswende. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.23455.94888>

Stiftung Arbeit und Umwelt (Hrsg.). (2023). Strukturpolitik: Möglichkeiten und Grenzen für eine aktive Industriepolitik. https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/StAuU36S_Strukturpolitik_20231205.pdf

Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE. (2018). Handlungsfelder und Akteure der Strukturpolitik Eine Metastudie aus arbeitsorientierter Perspektive.

Stroppe, A.-K. (2023). Left behind in a public services wasteland? On the accessibility of public services and political trust. *Political Geography*, 105, 102905. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2023.102905>

Südekum, J. & Rademacher, P. (2024). Regionale Disparitäten in der Transformation: Empirische Evidenz und Implikationen für die Regionalpolitik. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2024023>

Träger, H. & Pollex, J. (2020). Parteimitglieder auf lokaler Ebene – eine vergleichende Analyse für urbane und ländliche Regionen in Niedersachsen und Sachsen. In D. Sack & B. Egner (Hrsg.), *Neue Koalitionen – Alte Probleme: Lokale Entscheidungsprozesse Im Wandel* (S. 11–36). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-28452-7_2

Trigilia, C. (2001). Social Capital and Local Development. *European Journal of Social Theory*, 4(4), 427–442. <https://doi.org/10.1177/1368431012225244>

Umweltbundesamt (UBA). (2022). Die Risiken des Klimawandels für Deutschland: Ergebnisse der Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 sowie Schlussfolgerungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Anpassung an den Klimawandel“. https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/376/publikationen/2022_fachbrochure_die_risiken_des_klimawandels_fur_deutschland_220218.pdf

Umweltbundesamt (UBA). (2024). STADT & LAND: Gleichwertige Lebensverhältnisse unter Ausgestaltung nachhaltiger Raumbeziehungen. https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/479/publikationen/uba_fb_stadt_und_land.pdf

Welsch, H. (2020). Energieversorgung und Lebensqualität. Springer.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2011). Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. https://issuu.com/wbgu/docs/wbgu_jg2011?fr=sMzhIOTM1OTc5NDI

Zick, A., Küpper, B., Mokros, N. & Schröter, F. (Hrsg.). (2023). Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Dietz. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabda3e0fd>

Ziller, C. & Andreß, H.-J. (2022). Quality of local government and social trust in European cities. *Urban Studies*, 59(9), 1909–1925. <https://doi.org/10.1177/00420980211019613>

Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE

Inselstraße 6
10179 Berlin
Telefon +49 30 2787 1325

Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon +49 511 7631 472

E-Mail: arbeit-umwelt@igbce.de
Internet: www.arbeit-umwelt.de

